



Wortprotokoll

über die 6. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München im Löwenbräukeller

vom 21. Oktober 2020

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 21.10.2020

- Oberbürgermeister Reiter
2. Bürgermeisterin Habenschaden
3. Bürgermeisterin Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs,
StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif,
StRin Hanusch, StR Krause, StRin Langmeier, StRin Lüttig,
StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post,
StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka,
StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin B. Burkhardt, StR Dzeba,
StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer,
StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StR in Dr. Menges,
StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Th. Schmid,
StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner,
StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz,
StRin Odell, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel,
StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer,
StRin Wennatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StRin Holtmann, StR Ruff;

FW:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München - Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Baumgärtner
Bfm. StR	Biebl
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Stellv. Referentin	Morhöfer-Reissl
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Stellv. Referent	Schnabel
Stellv. Referent	Fuchs
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	11
OB Reiter:.....	11
Vor Eintritt in die Tagesordnung.....	11
OB Reiter:.....	11
Maskenpflicht in Sitzungen des Stadtrats und der Bezirksausschüsse.....	12
OB Reiter:.....	12
StR Ruff:.....	12
OB Reiter:.....	13
StR Ruff:.....	13
OB Reiter:.....	13
StR Pretzl:.....	14
OB Reiter:.....	14
Frau Lang-Hefferle (Direktorium – Rechtsabteilung):.....	14
OB Reiter:.....	14
Themen ohne vorherige Sachentscheidung.....	15
Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG.....	15
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	15
Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge.....	16
Versorgung wohnungsloser Haushalte - Wohnprojekt für junge Erwachsene.....	16
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	16
Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge.....	17
München Klinik gGmbH (MüK) München Klinik Harlaching.....	17
Die Stadtwerke München beteiligen sich mit dem HKW Nord, Kohleblock 2.....	18
OB Reiter:.....	18
StR Ruff:.....	18
OB Reiter:.....	18
StR Krause:.....	19

OB Reiter:.....	19
Torso am Hauptbahnhof verhindern: 2. Stammstrecke bereits 2028 fertigstellen.....	20
OB Reiter:.....	20
StR Roth:.....	20
OB Reiter:.....	20
Pop-up-Bike-Lanes verlängern.....	21
OB Reiter:.....	21
StRin Wolf:.....	21
StR Dr. Roth:.....	21
OB Reiter:.....	21
StR Pretzl:.....	21
OB Reiter:.....	22
Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie.....	23
Maßnahmen zum Infektionsschutz.....	23
Herr Schäuble (Branddirektion/Katastrophenschutz/Zivilschutz).....	23
Stellv. Gesundheitsreferent Fuchs:.....	24
Herr Schäuble:.....	25
Bfm. StR Dr. Böhle:.....	25
Herr Schäuble:.....	28
StSchRin Zurek:.....	28
Stellv. Gesundheitsreferent Fuchs:.....	29
Herr Schäuble:.....	30
StR Ruff:.....	31
StR Jagel:.....	31
StR Stanke:.....	32
Stellv. Referent Fuchs:.....	32
StSchRin Zurek:.....	33
Bfm. StR Dr. Böhle:.....	34
Pop-up-Bike-Lanes verlängern.....	35

OB Reiter:.....	35
StR Pretzl:.....	35
OB Reiter:.....	35
StRin Wolf:.....	35
OB Reiter:.....	36
Wahl der Leitung des Mobilitätsreferats:.....	37
StR Dr. Roth:.....	37
StR Pretzl:.....	37
StRin Dr. Menges:.....	38
Herr Dunkel:.....	39
OB Reiter:.....	39
Pop-up-Bike-Lanes verlängern.....	40
OB Reiter:.....	40
Verkürzung der Amtszeit der berufsmäßigen Stadträtin Beatrix Zurek:.....	41
Nachbesetzung und Wahl der Leitung des Referats für Gesundheit und Umwelt:.....	41
StR Ruff:.....	41
StR Jagel:.....	41
OB Reiter:.....	43
StR Ruff:.....	43
OB Reiter:.....	43
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	43
OB Reiter:.....	44
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	44
OB Reiter:.....	44
StRin Hübner:.....	44
StR Prof. Dr. Theiss:.....	45
OB Reiter:.....	46
StSchRin Zurek:.....	46
OB Reiter:.....	49

StRin Dr. Menges:.....	50
StRin Dr. Menges:.....	50
StSchRin Zurek:.....	51
OB Reiter:.....	51
OB Reiter:.....	51
Corona-Virus SARS-CoV-2:.....	52
StR Jagel:.....	52
Stellv. Referentin Morhöfer-Reissl (POR):.....	52
StR Jagel:.....	52
Frau Morhöfer-Reissl:.....	52
OB Reiter:.....	53
Frau Morhöfer-Reissl:.....	53
OB Reiter:.....	53
Bfm. StR Baumgärtner:.....	53
StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:.....	53
OB Reiter:.....	53
StR Jagel:.....	53
OB Reiter:.....	53
StRin Wassill:.....	53
Neubau Hauptbahnhof München.....	56
StRin Bär:.....	56
StR Bickelbacher:.....	57
StR Roth:.....	58
StRin Wolf:.....	60
StR Ruff:.....	61
StRin Bär:.....	62
StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:.....	62
Bfm. StRin Frank:.....	63
Bestätigung des Kommandanten und der Stellvertreter der Kommandanten.....	66

StR Luther:.....	66
StR Vorländer:.....	67
StR Ruff:.....	67
StRin Lux:.....	68
OB Reiter:.....	69
Übernachtungsschutz - Unterstützung für Obdachlose.....	70
StR Schreyer:.....	70
StR Lechner:.....	71
StR Müller:.....	76
StRin Gaßmann:.....	79
Bfm. StRin Schiwy:.....	80
StR Lechner:.....	81
OB Reiter:.....	81
1. Bericht Gleichstellung von Frauen und Männern.....	83
StRin Burneleit:.....	83
StRin Wenngatz:.....	85
StRin Lüttig:.....	86
StRin Grimm:.....	87
Bedürfnisse von jungen Menschen* in Krisenzeiten.....	89
StR Lechner:.....	89
StRin Gaßmann:.....	90
StRin Nitsche:.....	91
StRin Odell:.....	92
StRin Wolf:.....	94
Bfm. StRin Schiwy:.....	94
OB Reiter:.....	95
Variantenvergleich - Truderiger Kurve und Truderiger Spange.....	96
StR Schuster:.....	96
StR Roth:.....	97

StRin Wassill:..... 98

OB Reiter:..... 98

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:22 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

OB Reiter:

Wir beginnen traditionell mit dem Gedenken an die in diesem Jahr verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bitte Sie, sich dazu zu erheben.

- Die Mitglieder erheben sich. -

Vielen Dank, dass Sie sich erhoben haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

OB Reiter:

Ich darf Frau Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk entschuldigen. Da in ihrem unmittelbaren beruflichen Umfeld eine Person an Corona erkrankt ist, muss sie sich testen lassen. Je nach Testergebnis wird sie uns heute die Ehre erteilen oder auch nicht. Ihre Vertreterin befindet sich im Urlaub. Deshalb wird sie fachlich, je nach Tagesordnungspunkt, durch die entsprechende Leitungsebene des Planungsreferates vertreten. Eigentlich müsste Frau Hingerl sie formell vertreten. Da diese wiederum aus persönlichen Gründen länger nicht anwesend ist, übernimmt Herr Biebl die Vertretung für formelle Anträge und für die Übernahme von Änderungsanträgen.

Maskenpflicht in Sitzungen des Stadtrats und der Bezirksausschüsse
Dringlichkeitsantrag Nr. 554 des Oberbürgermeisters
für die Vollversammlung

Aktensammlung Seite 589

OB Reiter:

Ich möchte auf meinen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Maskenpflicht während der Sitzung“ hinweisen, den wir am Anfang der Sitzung besprechen sollten.

Sie haben wahrscheinlich mitbekommen - so steht es auch in der Vorlage -, dass sich auch andere Gremien verpflichtet haben, während der gesamten Sitzungsdauer die Maske zu tragen. Auch am Platz. Das ist jetzt Usus im Landtag und wird von der Bayerischen Staatsregierung über die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung empfohlen.

Nachdem ich als Sitzungsleiter das nicht deklaratorisch festlegen wollte, habe ich einen Dringlichkeitsantrag gestellt, über den demokratisch abgestimmt werden kann. Ich bitte Sie, sich an das Ergebnis zu halten und die Maske zu tragen, außer wenn Sie am Rednerpult sprechen. Wenn wir keinen großen Diskussionspunkt haben – es ist nicht schwierig zu verstehen, um was es geht – bitte ich jetzt um eine Abstimmung.

Je nach Abstimmungsergebnis tragen wir die Maske während der ganzen Sitzung. Wer es gerade nicht mehr aushält, muss tatsächlich rausgehen und Luft schnappen. Das lässt sich nicht vermeiden, aber dieses Schicksal tragen auch andere Gesellschaftsgruppen. Da wir live streamen, ist es sinnvoll, wenn wir uns in Anbetracht einer Inzidenz von knapp unter 80 vorbildlich verhalten. Wenn es keine Wortmeldung gibt, frage ich nach Gegenstimmen. Haben Sie eine Wortmeldung oder ist das eine Gegenstimme? - (StR Ruff: Wortmeldung!)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem, Herr Oberbürgermeister, haben Sie gefragt, warum denn die Stimmung in der Opposition gerade so fühlbar schlecht ist. Am Freitag hatten wir das Thema Masken unter „Sonstiges“ auf der Tagesordnung des Ältestenrats. Wir hätten einen guten Konsens finden können. Schließlich sprachen wir auch zu dem Thema Gesichtsschild. Wegen eines Einzelfalls wollten wir dazu nichts verschriftlichen sondern ein Gespräch

führen. Jetzt werden wir von einem Dringlichkeitsantrag überrascht. Das ist kein guter Stil und ärgerlich.

Zum Fachlichen: Wir haben hier einen Mindestabstand von 1,5 m. Dieser Mindestabstand kostet uns viel, viel Geld. Ich sage nicht wie viel, weil so etwas nichtöffentlich behandelt werden sollte. Sie haben erst gestern auf der Homepage der Stadt München geschrieben, bei Schülern ab der 5. Klasse bleibt eine Maskenpflicht im Unterricht bestehen, sofern der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann. Es gibt also durchaus eine Beziehung zwischen Masken tragen und diesem Mindestabstand von 1,5 m. Das sind Ihre Worte und diesen Zusammenhang sehen wohl auch Sie! - (OB Reiter: Für Kinder, ja!) - Ich schlage vor, auch wir halten uns an diese Grundsätze. Ich lehne das Maskentragen hier drin ab, sofern der Mindestabstand gewährleistet ist. Auf den Verkehrsflächen ja, beim Sitzen nein. Danke schön!

OB Reiter:

Das nehme ich zur Kenntnis. Ich gehe davon aus, dass Sie demokratisch agieren und sich an einen Mehrheitsbeschluss halten werden. Ansonsten werde ich das nachprüfen. Entschuldigung! - (Zwischenruf StR Ruff) - Das hat mit Drohung nichts zu tun. Man kann eine andere Meinung haben. Das ist alles in Ordnung.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, auch wir haben das D im Namen. Selbstverständlich bin ich ein glühender Verfechter aller demokratischen Gepflogenheiten. Deswegen waren die Sätze unnötig. - (Beifall der ÖDP/FW)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von ÖDP/FW, StRin Wolf und AfD **beschlossen**.

OB Reiter:

Es ist mehrheitlich beschlossen. Ich bitte Sie, die Masken aufzusetzen, außer Sie sprechen oder trinken gerade etwas. Ich sehe das nicht apodiktisch, aber dieses Thema sollten wir umsetzen.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade am Tisch eine formale Frage diskutiert: Ist unsere Geschäftsordnung analog einer Satzung zu verstehen? Muss diese irgendwo veröffentlicht werden oder ist diese mit unserem Beschluss wirksam? Vielleicht kann das jemand beantworten. Selbstverständlich setzen wir jetzt die Masken auf. Vielen Dank!

OB Reiter:

Ich habe den Antrag des Referenten gerade gelesen. - (Heiterkeit) - Dieser ist zu nächtlicher Stunde entstanden. Darin steht, dass in die Geschäftsordnung ein Satz eingefügt wird. Ich weiß nicht, wen ich jetzt fragen kann. Wir klären das im Laufe der Zeit. - (Zwischenruf: Frau Lang-Hefferle).

Frau Lang-Hefferle (Direktorium – Rechtsabteilung):

Die Geschäftsordnung ist keine Satzung im üblichen Sinne und muss nicht im Amtsblatt oder sonst wo ausgefertigt werden. Mit dem Beschluss ist der neue Text festgehalten. Wir werden die aktuelle Fassung in das Internet einstellen, die damit jedem zugänglich ist.

OB Reiter:

Vielen Dank. Dann wissen wir das auch. Ich bedanke mich für das Votum.

Themen ohne vorherige Sachentscheidung

Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG

Änderung bei der Besetzung des Beirats

Aktensammlung Seite 541

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI):

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 3, B 6, B 7, B 9, B 12, B 13, B 15, B 16, B 17 und B 19 werden **einstimmig beschlossen.**

(Aktensammlung Seite 551, 557, 559, 563, 567, 569, 573, 575, 577 und 581)

**Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge
- Amt für Soziale Sicherung
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 555

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU und AfD):

Nach Antrag

**Versorgung wohnungsloser Haushalte - Wohnprojekt für junge Erwachsene
- Dantestraße 18**

Aktensammlung Seite 561

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Ich verweise auf meine Erklärung im Ausschuss.

**Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge
- Amt für Wohnen und Migration
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 565

Beschluss (Ziffern 1 und 5* gegen die Stimmen der CSU und AfD):

Nach Antrag

- *Ziffer 5 wurde im Sozialausschuss endgültig beschlossen und ist nicht Gegenstand der heutigen Vorlage. -

**München Klinik gGmbH (MüK) München Klinik Harlaching
Genehmigung der Ausführung des Neubaus**

Aktensammlung Seite 579

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI):

Nach Antrag

**Die Stadtwerke München beteiligen sich mit dem HKW Nord, Kohleblock 2
am Ausschreibungsverfahren zur Stilllegung von Steinkohlekraftwerken
gemäß Kohleausstiegsgesetz
Dringlichkeitsantrag Nr. 546 der Fraktion ÖDP/FW
für die Vollversammlung am 21.10.2020**

Aktensammlung Seite 583

OB Reiter:

Nach Aussage meiner Rechtsabteilung ist der Antrag nicht dringlich und - nach meinem Kenntnisstand - sachlich nicht zutreffend. Die Stadtwerke München GmbH darf sich an diesem Ausschreibungsverfahren nicht beteiligen, weil das HKW Nord nach Auskunft der Bundesnetzagentur systemrelevant ist. Das kann der Kollege von der Stadtwerke München GmbH erläutern, falls wir den Punkt aufrufen. Ansonsten wird es als normaler Antrag behandelt. Hier sprechen wir nur über die Dringlichkeit.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine Ausschreibung geplant, um dem Ausstiegsgesetz für den Bereich Steinkohle nachzukommen. Mit diesem wirtschaftlichen Verfahren kann festgestellt werden, welche Kraftwerke bis 2028 vom Netz gehen könnten. Bis 2028 ist die Systemrelevanz möglicherweise nicht mehr gegeben. Das hat zumindest das TÜV-Gutachten beschrieben. Insofern ist der Antrag sachlich richtig. Er ist auch dringlich, weil laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie das Ausschreibungsverfahren 2020 durchgeführt werden soll. Eine gründliche Vorbereitung und die Erarbeitung von Wirtschaftlichkeitsstudien und Szenarien brauchen eine gewisse Zeit. Wenn wir jetzt nicht beginnen, können wir nicht an dem Ausschreibungsverfahren teilnehmen.

Unabhängig der Zielrichtung ist die Teilnahme für die Stadtwerke sehr interessant und erkenntnisreich. Im Prinzip handelt es sich um eine vertiefte Marktsondierung. Es ist in jedem Fall sinnvoll, sich darauf vorzubereiten.

OB Reiter:

Das war die Begründung für die Dringlichkeit. Gibt es eine Rede gegen die Dringlichkeit?

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von den Stadtwerken die Auskunft erhalten, dass in der ersten Welle dieser Ausschreibung der Landkreis München und die Stadt München explizit ausgenommen sind. Von daher fällt die zeitliche Dringlichkeit aus unserer Sicht weg. Wir schlagen vor, das Thema in der regulären Sitzung des Arbeits- und Wirtschaftsausschusses im November zu diskutieren. Dort passt es gut rein, da wir uns sowieso mit dem Thema Kohleausstieg beschäftigen werden. - (Beifall von die Die Grünen - Rosa Liste)

OB Reiter:

Vielen Dank für die Rede und Gegenrede.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von ÖDP/FW **nicht zuerkannt**.

Der Antrag wird in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft im November behandelt.

**Torso am Hauptbahnhof verhindern: 2. Stammstrecke bereits 2028 fertigstellen
- keine vier Jahre länger warten**

**Dringlichkeitsantrag Nr. 548 von FDP – BAYERNPARTEI
für die Vollversammlung am 21.10.2020: Thema Hauptbahnhof**

Aktensammlung Seite 585

OB Reiter:

Wir haben der FDP-Fraktion schon geschrieben, dass wir auch diesen Antrag als nicht dringlich sehen. Wir werden diesen Punkt im nächsten Planungsausschuss besprechen und heute teilweise behandeln, weil wir über das Thema S-Bahnen diskutieren werden. Ich teile Ihre Einschätzung und wir sollten anstreben, dass die Stammstrecke nicht erst vier Jahre später fertiggestellt wird. Ich weiß nicht, ob jemand in diesem Raum anderer Meinung ist. - (StRin Wolf: Dann bin ich siebzig!) - Sie Glückliche, - (Heiterkeit) - es gibt noch ältere Menschen.

Der Ministerpräsident hatte die Idee, - (Zwischenrufe) - einen Bahngipfel einzuberufen. Dieser Termin ist abgesagt worden. Ich weiß nicht warum und warte auf eine neue Einladung mit Ministerpräsident Dr. Söder, DB-Vorstand Pofalla, Bundesverkehrsminister Scheuer und meiner Wenigkeit. Ich gehe davon aus, das Treffen wird in absehbarer Zeit stattfinden. Danach könnte ich authentisch berichten. Insoweit ist es sachlich vernünftiger, das Thema heute nicht zu behandeln.

StR Roth:

Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für die Aussage. Wir würden den Dringlichkeitsantrag zurücknehmen und das Thema im nächsten Mobilitäts- und Planungsausschuss behandeln.

OB Reiter:

Danke schön! Dann rufen wir den Punkt in der nächsten Sitzung auf. Ich hoffe, ich kann dann etwas berichten. Es liegt ja nicht nur an mir.

Der Dringlichkeitsantrag wird von den Antragstellern **zurückgezogen**.

Der Antrag wird in der nächsten gemeinsamen Sitzung des Mobilitäts- und Planungsausschusses behandelt.

Pop-up-Bike-Lanes verlängern

Dringlichkeitsantrag Nr. 550 von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/FW für die Vollversammlung am 21.10.2020

Aktensammlung Seite 587

OB Reiter:

Spricht sich jemand für oder gegen die Dringlichkeit aus?

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube die Dringlichkeit ergibt sich in diesem Fall von selbst, weil die Pop-up-Bike-Lanes nur bis 31. Oktober genehmigt sind. Wird dieser Zeitraum nicht verlängert, müssten wir die Radwege wieder auflösen und das Baureferat beauftragen, die Markierungen zu entfernen. Falls wir im Frühjahr die Pop-up-Bike-Lanes doch wieder an verschiedensten Stellen benötigen, machen wir es wieder anders herum. Das wäre keine rationale Vorgehensweise. Wir stellen den Antrag, die Genehmigung der Radwege zu verlängern, um entscheiden zu können, welche dauerhaft bestehen bleiben sollen. Danke schön!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Laut Stadtratsbeschluss soll im Oktober auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen ein Entscheidungsvorschlag vorgelegt werden. Ich gebe der Linken recht, dass es dringlich ist und noch im Oktober geschehen muss. Es wurde uns aber versichert, dass das Planungsreferat dazu am 28.10. eine Vorlage in den Planungsausschuss einbringt. Das halten wir für den qualitativ besseren Weg. Unter diesen Bedingungen sehen wir den Antrag als nicht dringlich an. Danke! - (Beifall)

OB Reiter:

Es geht noch immer um die Dringlichkeit. Normalerweise reicht ein Pro oder Kontra. So haben wir es bis jetzt immer gehandhabt, sonst haben wir die Diskussion auch ohne Dringlichkeit.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, eine Befassung im Planungsausschuss verstößt gegen unsere Geschäftsordnung, da dieser nicht zuständig ist. Wir haben einen Mobilitätsausschuss gegründet und es handelt sich eindeutig um ein Thema des Mobilitätsausschusses. Der Punkt sollte in einem

gemeinsamen Planungs- und Mobilitätsausschuss behandelt werden. Es gibt dafür keine Ladung und diese ist jetzt nicht mehr möglich. Ich bin Mitglied des Mobilitätsausschusses und verwehre mich gegen eine Behandlung im alleinigen Planungsausschuss. Ich sehe meine Rechte als Stadtrat beeinträchtigt. Sollte das der Fall sein, würde ich dagegen vorgehen.

OB Reiter:

Ich werde - wenn Sie einverstanden sind - die Abstimmung zurückstellen und den formalen Einwand prüfen. Eine Vertagung in einen unzuständigen Ausschuss ist keine systemgerechte Vorgehensweise. Wir rufen den Punkt danach wieder auf. - (Zwischenruf) - Der Vorgang ist dringlich, wenn es keine weitere Möglichkeit gibt, rechtzeitig einen zuständigen Ausschuss mit dem Thema zu befassen. Es hängt davon ab, ob dieser rechtmäßig nach der Geschäftsordnung geladen werden und sich vorab mit diesem Thema befassen kann. Gelingt das nicht, ist die Dringlichkeit - aus meiner Sicht - selbstverständlich gegeben. Diesen Punkt müssen wir klären.

Erlauben Sie mir, dass sich die Rechtsabteilung dazu Gedanken macht und wir das später abstimmen. Ich möchte jetzt nicht aus dem Bauch heraus entscheiden. Wir können später noch einmal über die Dringlichkeit befinden, wenn wir von der Rechtsabteilung eine Auskunft haben. Das ist ein vernünftiger Vorschlag, um ein ordnungsgemäßes Verfahren sicherzustellen. Ich bitte Sie, sich dem anzuschließen. Wir werden diesen Punkt nicht vergessen.

Nach der Tagesordnung ist der Punkt aber nicht in den nächsten zwei Stunden zu erwarten. Wir haben noch Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie und ob wir in irgendeiner Weise eine rechts-sichere Vertagung hinbekommen. Wenn nicht, dann ist es halt dringlich und wir werden es heute diskutieren. Einverstanden? Dann machen wir das so. Bitte erinnern Sie mich daran.

- siehe auch Seite 35 -

- Top 1 und 9 werden gemeinsam behandelt -

Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie

und

Maßnahmen zum Infektionsschutz

Antrag Nr. 539 der BAYERNPARTei-FDP vom 16.10.2020

Aktensammlung Seite 547

Herr Schäuble (Branddirektion/Katastrophenschutz/Zivilschutz)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Münchner Stadtrats! Zuletzt habe ich vor den Sommerferien berichtet. Heute stelle ich Ihnen das Dashboard mit den aktuellen Zahlen vor. Sie sehen das Anlaufen der zweiten Welle und die Vergrößerung der Testkapazitäten sowie den Inzidenzwert als Indikator für die Gesamtlage. Der 7-Tage-Inzidenzwert lag am ersten August noch zwischen fünf und sieben, heute ist er nach Aussagen des RKI bei 75,3. Dieser Wert ist bindend für Maßnahmen der Gesetzgebung.

Sie haben auch einen Überblick zur Gesamtzahl der Krankenhausbetten und der Intensivbetten mit Beatmung. Diese werden zwar wieder verstärkt belegt, die Belegung ist aber noch unauffällig. 12 Intensivbetten sind derzeit belegt, im Leitstellenbereich aber maximal 498 Betten verfügbar. Es besteht kein Anlass zur Sorge, auch nicht bei den Normalbetten. Mit 70 belegten Betten haben wir ein niedriges und beherrschbares Niveau.

Wie sah es in den Einrichtungen aus? Die Schulklassen und Kindergartengruppen waren zu Ferienbeginn kaum betroffen. Eine von 5 000 Klassen und sieben von 3 000 Kindergartengruppen waren in Quarantäne. Die gestrigen Zahlen sind eine deutliche Erhöhung, im Vergleich zur ersten Welle aber beherrschbar. Von 5 000 Schulklassen sind 74 und von 3 000 Kita-Gruppen 18 betroffen. In den stationären Einrichtungen der Pflege oder in Asylunterkünften gibt es vereinzelte Fälle.

Zum Gesundheitswesen: Wir haben koordinierende Ärzte benannt. Sie haben gute Kontakte zu den niedergelassenen Ärzten aufgebaut und kümmern sich darum, dass die niedergelassenen

Ärzte wieder mit der KVB die Versorgung übernehmen. Diese Versorgung ist in der ersten Welle zusammengebrochen, weil keine Schutzkleidung verfügbar war, heute ist sie zu teuren Preisen verfügbar.

Neben den Praxen testet das Zentrum an der Theresienwiese, das seit 29.07.2020 wieder geöffnet hat. Die KVB wird als Ergänzung zur Bereitschaftspraxis am Elisenhof vor der Winterinfektionswelle am Wochenende den Betrieb einer sogenannten Infektpraxis auf der Theresienwiese aufnehmen. Der Hausarzt kann weiterhin telefonisch Krankschreibungen ausstellen. Das war ein Erfolgsrezept, um die Praxen zu entlasten.

Stellv. Gesundheitsreferent Fuchs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Das Infektionsgeschehen in München ist nach wie vor diffus und über die ganze Stadt verteilt. Die hohen Zahlen können auf keinen Ausbruch in einer Unterkunft oder in einem Betrieb zurückverfolgt werden. In den letzten Wochen gab es viele Feiern, legale, illegale und Hochzeitsfeiern, bei denen sich die Menschen nicht an die Regeln gehalten haben.

Wir können keinen Rückgang verzeichnen, die Zahlen steigen sukzessiv an. Heute liegt der 7-Tage-Inzidenzwert bei 75,3. Ein Blick auf das Dashboard des RKI zeigt, dass sich das diffuse Ausbruchsgeschehen nicht nur auf die Stadt, sondern auch auf die Landkreise in der Umgebung von München bezieht. Das ist auch in anderen bundesdeutschen Großstädten festzustellen.

Das Gesundheitsamt hatte durchschnittlich in den letzten sieben Tagen etwa 1 000 neu infizierte Personen. Jeder hat im Schnitt zwischen fünf und zehn Kontaktpersonen der Kategorie 1. Pro Woche generieren wir somit zwischen 5 000 und 10 000 neue Kontaktpersonen der Kategorie 1. Das sind Herausforderungen für das Kontaktmanagement des RGU. Deswegen haben wir Personal von anderen Dienststellen angefordert und werden auch von der Bundeswehr unterstützt. Auch vom Freistaat Bayern haben wir zusätzliche Angebote bekommen.

Für die Schulen gilt die Vorgabe des RKI: Ist in einer Klasse eine positiv getestete Person, muss die gesamte Klasse als Kategorie 1 qualifiziert werden und für zwei Wochen in Quarantäne. Wir haben unsere Verfahren beschleunigt und informieren sofort die Schulleitung, die die Information sofort an die Eltern weitergibt. Wir nutzen auch das mobile Testangebot des Freistaats Bayern und schicken es zur schnelleren Testung an die Schulen.

Nach unseren Erfahrungen, die auch wissenschaftlich gestützt werden, sind nicht die Schulen die Infektionstreiber. Gestern waren 83 Schulklassen geschlossen, davon nur vier Grundschulklassen. Deswegen haben wir beschlossen, die Maskenpflicht nicht aufrechtzuerhalten. Es lässt sich rechtfertigen, die Schulkinder der Klassen eins bis vier ohne Maske am Tisch sitzen zu lassen. - (Allgemeiner Beifall) - Von 5 000 Münchner Schulklassen waren gestern 83, von 4 500 Kita-Gruppen - Stand heute - 38 geschlossen. Dieser Anteil ist prozentual verhältnismäßig gering. In Abstimmung mit der Stadtschulrätin besteht für uns kein Anlass, bei Kitas und Schulen die Ampel von gelb auf rot zu schalten.

Auf der Theresienwiese haben wir seit Montag die Testkapazitäten auf 1 500 Tests pro Tag erhöhen können. Die Nachfrage ist gegeben und die Kapazitäten werden sukzessive - abhängig von den Laborkapazitäten - erhöht. Die Teststation wird bis Ende des Monats mit einem Zelt winterfest gemacht, um den Menschen und dem Personal der Ambulanz in der kälteren Jahreszeit vernünftige Bedingungen zu bieten.

Zu den Alten- und Pflegeheimen: In einem Pflegeheim am Kieferngarten haben wir einen etwas größeren Ausbruch. Eine Medizinerin mit Schwerpunkt Hygiene unterstützt die Einrichtungen. Bei den Flüchtlingsunterkünften ist es noch vergleichsweise ruhig. Eine leichte Steigerung ist bei den Krankenhäusern zu beobachten, doch es ist noch vergleichsweise ruhig. Im Winter wird es sicherlich eine Tendenz nach oben geben.

Herr Schäuble:

Nun kommen wir zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung: Am Wochenende hat der Freistaat Bayern bei den Infektionsschutzmaßnahmenverordnung deutlich gewirbelt. Für das KVR war das sehr unangenehm, weil sich innerhalb von 24 Stunden zweimal etwas geändert hat. Verschärft wurden Kontaktbeschränkungen, die Maskenpflicht in den stark frequentierten Bereichen und Gebäuden, das Alkoholkonsumverbot, die Betriebsuntersagungen in der Gastronomie und Abgabeverbote von Alkohol. Die Örtlichkeiten legt die Kreisverwaltung fest. Eine Erleichterung sieht auch die Einreisequarantäneverordnung vor, nach der es nun kein Einreiseverbot für Nachbarländer gibt. Die Menschen dürfen wieder reisen, wenn sie nicht in die Quarantäne eines Landkreises fallen.

Bfm. StR Dr. Böhle:

Kolleginnen und Kollegen! Die neue Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass der Freistaat in der Verordnung sehr viel verwaltungsunmittelbar geregelt hat. Kommunale Regelungsspielräume eröffnen sich bei der Bestimmung der stark frequentierten Bereiche und Gebäude hinsichtlich des

Maskengebots und der Bestimmung der öffentlichen Bereiche für das Alkoholkonsumgebot. Am Wochenende war unklar, was die Inzidenzzahl über 50 für Betriebsuntersagungen und die Sperrstunde von 22:00 bis 06:00 Uhr bedeuten. Die Sperrstunde im herkömmlichen Gaststättenrecht bedeutet, man kann - salopp gesagt - noch austrinken. Der Freistaat hat nachgeschärft und die Sperrstunde im infektiologischen Sinne definiert. Das bedeutet, es muss tatsächlich Schluss sein.

Wir haben die bisherigen Allgemeinverfügungen aufgehoben und eine Maskenpflicht für die stark frequentierten öffentlichen Plätze definiert. Dazu gehören wesentlich die Fußgängerzonen in der Innenstadt. Beim Alkoholkonsum- und Verkaufsverbot haben wir die bisherigen Regelungen fortgesetzt. Die Verbote gelten für die fünf Hotspots Gärtnerplatz, Gerner Brücke, Wedekindplatz, Baldeplatz, Isarauen.

Alles andere ergibt sich unmittelbar aus der staatlichen Verordnung. Die Stadt reduzierte bei Feiern zunächst die Anzahl der zulässigen Personen von 100 auf 25, der Freistaat erlaubt nun nur noch bis zu fünf Personen. Mit einem Hygienekonzept sind notwendige Aufstellungsversammlungen für Parteien und Ähnliches bis 100 Personen nicht genehmigungspflichtig, darüber schon.

Bisher gab es 13 städtische Allgemeinverfügungen. Die Juristen hatten ziemlich viel zu tun, denn gegen sechs Allgemeinverfügungen wurden 12 Eilanträge gestellt und sieben Klagen eingereicht. Von den 12 Eilverfahren hat die Stadt vier verloren. Diese bezogen sich alle auf das stadtweite Alkoholverbot, auf die stadtweite Alkoholverbotsverordnung vom 27.08.2020, die der Stadtrat gewünscht hatte. Alle restlichen Verfahren hat die Stadt bis dato gewonnen. Wir hatten häufig Nachschichten, auch am Wochenende. Herzlichen Dank an alle, die mit hohem Engagement dabei waren. - (Allgemeiner Beifall) - Unabhängig davon gab es ein reges Versammlungsgeschehen mit zahlreichen Rechtsstreitigkeiten im Vorfeld.

Bei der Kontrolldichte haben wir drei städtische Zuständigkeiten: Den Kommunalen Außendienst, die Bezirksinspektionen und die Gewerbeabteilung. Der Kommunale Außendienst kontrolliert weiterhin die Einhaltung der Maskenpflicht im Geltungsbereich der Landesverordnung und der Allgemeinverfügung. Es gab Schwerpunkteinsätze mit der Polizei, zum Beispiel am 13.08.2020 zur Maskenpflicht im ÖPNV und eine verstärkte Bestreifung der Hotspots Gärtnerplatz oder Isar. Der Stadtrat hatte dazu einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Zwischen dem 17.03.2020 und dem 18.10.2020 gab es 6 842 persönliche Ansprachen und Ermahnungen. Uns kommt es darauf an, nicht besonders scharf zu agieren, sondern mit notwendigem

Fingerspitzengefühl auf die einzuwirken, die die Masken nicht tragen oder ähnliche Verstöße begehen. In 673 Fällen wurden Ordnungswidrigkeiten angezeigt und 77 Platzverweise ausgesprochen.

Die Bezirksinspektionen kontrollierten verstärkt die Einhaltung der infektionsschutzrechtlichen Vorgaben in der Gastronomie auf Grundlage der jeweils aktuellen Fassung der einschlägigen Rechtsgrundlagen. Dazu gehören das Abstandsgebot, die Maskenpflicht und die Kontaktdatenerfassung sowie weitere Beschränkungen wie die Vorverlegung der Sperrstunde mit einem Verbot des Alkoholausschanks sowie dem Verkaufs- und Abfüllverbot an bestimmten Hotspots. Seit März 2020 nahmen die Bezirksinspektionen 17 000 Kontrollen von Gastronomiebetrieben vor. Sie überprüften gaststättenrechtliche Vorgaben, Freischankflächen und die Einhaltung infektionsschutzrechtlicher Vorgaben. Es gab knapp 200 Bußgeldverfahren, überwiegend wegen Verstößen beim Abstandsgebot. In Einzelfällen gab es bei besonders drastischen Verstößen auch Widerrufsverfahren gegen Betreiberinnen und Betreiber.

In der Gewerbeabteilung hatten wir zwei unterschiedliche Phasen: Den kompletten Lockdown und die Schließung zahlreicher Läden mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Zwischen dem 21.03. und dem 11.05.2020 gab es zahlreiche Anfragen vom Einzelhandel, für den wir 21 000 telefonischen Beratungen durchgeführt haben. In München gibt es 220 000 Gewerbebetriebe, davon mehr als 20 000 im Einzelhandel. Sie können sich vorstellen, eine komplette flächendeckende Überwachung ist schlicht nicht möglich. Wir konzentrierten uns auf große Einkaufszentren und auf hochfrequentierte Einrichtungen wie die Fußgängerzonen und die Einkaufsstraßen Sendlinger- oder Maximilianstraße. Schwerpunkte waren auch die Großmarkthalle als besonders sensibler Bereich, die Supermärkte, Friseursalons, Fitnessstudios und Hotels. Das hat die Gewerbeabteilung alles zusätzlich gemacht. Seit Mai gab es 800 Kontrollen vor Ort, was zu 220 Bußgeldverfahren führte. Schwerpunkte waren Verstöße gegen die Maskenpflicht und gegen die jeweiligen Schutz- und Hygienekonzepte.

Seit April 2020 sind bei der Bußgeldstelle 12 000 Anzeigen von Ordnungswidrigkeiten eingegangen, in 6 974 Fällen wurden Bußgeldbescheide erlassen, 650 Anzeigen sind noch nicht erfasst und 2 000 werden noch bearbeitet. Insofern ist es erstaunlich, wenn bestimmte Stellen von fehlender kommunaler Konsequenz reden. Bislang zählt das Verlassen der eigenen Wohnung ohne Vorliegen eines triftigen Grundes zu den fünf häufigsten Verstößen. Diese Regelung ist nicht mehr in Kraft, sie galt nur in den ersten Wochen von März bis Mai. Es betraf 9 000 Fälle, bei denen jeweils ein Bußgeld in Höhe 150 € erhoben wurde.

1 100 Anzeigen mit einem Regelbußgeld von 150 € gab es beim Nichteinhalten der Kontaktbeschränkungen. Das Nichttragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wurde 700 Mal angezeigt, das Bußgeld beträgt im Regelfall 250 €. Für die Teilnahme an einer unerlaubten Veranstaltung gab es 285 Anzeigen, das Bußgeld liegt zwischen 150 und 250 €. 90 Anzeigen mit einem Bußgeld zwischen 500 und 5.000 € gab es für den Betrieb einer Gaststätte ohne Vorliegen eines Ausnahmegrundes. Bei jedem angezeigten Fall ist eine Einzelfallentscheidung zu treffen, die von Fall zu Fall Abweichungen von den Regelbeträgen notwendig macht. Für den Bereich Corona beläuft sich bislang das Bußgeldaufkommen, inklusive der Gebühren und Auslagen, auf fast 1,4 Mio. €.

Es erfordert einen erheblichen Bearbeitungsaufwand, laufend anzuhören und Bußgeldbescheide zu erlassen. Eine Anzeige wird aufgenommen und der Betroffene angeschrieben. Er hat eine zweiwöchige Anhörungsfrist, erst danach erfolgt die detaillierte Prüfung. Wir können wegen des erheblichen Anfalls nicht à jour sein. In allen Bereichen haben wir die anfallenden Aufgaben ohne zusätzliches Personal erfüllt, was zu einer erheblichen Belastung des Personals und einer Mehrarbeit in der Größenordnung von 30 % bis 40 % - auch an Wochenenden - führte. An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und spreche hohe Anerkennung aus. (Allgemeiner Beifall)

Herr Schäuble:

Stadtschulrätin Zurek berichtet nun zu Schulen, Horten, Kitas und Sportvereinen. Wir hatten schon auf die Schulen und die Sportvereine hingewiesen. Auch der Profisport mit den sogenannten „Geisterspielen“ ist geregelt. Für die ersten bis vierten Grundschulklassen hat sich die Maskenpflicht erledigt.

StSchRin Zurek:

Meinen Vorrednern können Sie entnehmen, wie genau und differenziert diese Bereiche betrachtet werden. Die Erfahrung des Lockdowns hat gezeigt, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche in einer gewissen Normalität zu belassen. In München gibt es von der Grundschule bis zur beruflichen Schule mehr als 163 000 Schülerinnen und Schüler. Diese Zahlen sind gering, müssen aber genau betrachtet werden. Die Rahmenhygienekonzepte, die in den Schulen gelebt werden, sind sinnvoll und führen zu Ergebnissen.

Ich danke allen, die unter diesen Bedingungen in den Kitas Kinder betreuen und in den Schulen die Kinder und Jugendlichen zu den jeweiligen Abschlüssen führen und immer ein offenes Ohr für sie haben. Die Situation ist tatsächlich nicht leicht. Trotz der Entwicklungen der letzten Tage haben

wir bisher noch keine Ausschläge. Die Hygieneregeln, der Abstand und das Lüften führen dazu, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Seit 21.09.2020 haben wir die Bezirkssportanlagen und auch die Schulschwimmbäder geöffnet, sofern diese nicht wegen einer Baumaßnahme geschlossen sind. Bei entsprechenden Temperaturen werden wir zum 31.10.2020 die Eissportanlagen in reduziertem Umfang öffnen. Die Mitglieder der Vereine können bei Einhaltung der Hygienekonzepte auch die Schulsporthallen nutzen. Die Freisportflächen können ohne Einschränkung genutzt werden, aufgrund der Hygiene sind nur wenige Einzelflächen nicht nutzbar.

Anfang des Schul- und Kitajahres beschäftigten uns die Testungen, die mit mehreren Akteuren durchgeführt wurden. Wenn eine Gruppe oder Klasse in Quarantäne muss, wird in Kooperation mit dem RGU schnell getestet.

Wir wollen den Schülerinnen und Schülern Stabilität geben. Der Appell geht an die Jugendlichen, auch außerhalb der Schule Hygieneregeln zu beachten. Es ist für die Kolleginnen und Kollegen eine herausfordernde Situation, die sie gut meistern. Auch die Schülerinnen und Schüler und die Kinder in den Kitas gehen gut damit um. Mir wird zurückgemeldet, die Kinder würden das verstehen und akzeptieren und hielten die Regeln oft besser ein als die Erwachsenen.

Stellv. Gesundheitsreferent Fuchs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt mittlerweile einige Schnelltests, die das Bundesinstitut für Arzneimittelsicherheit zugelassen hat, weil diese die Mindestanforderungen des RKI erfüllen. Die Schnelltests sind nicht so zuverlässig wie die PCR-Tests. Ein negativer Schnelltest kann niemals eine Quarantäne vorzeitig beenden. Dazu wird ein PCR-Test gebraucht. Von Bundesgesundheitsminister Spahn gibt es seit letzter Woche eine neue Testverordnung, in der auch Schnelltests enthalten sind. Damit unterstützt das Bundesgesundheitsministerium schwerpunktmäßig medizinische und pflegerische Einrichtungen. Dieser Schnelltest eignet sich aber nicht für Personen, die über coronaähnliche Symptome verfügen.

Der Freistaat Bayern hat 10,5 Mio. Schnelltests geordert. 125 000 Schnelltests sind bereits in Bayern eingetroffen und werden über das Technische Hilfswerk an die Kreisverwaltungsbehörden und Gesundheitsämter übermittelt. Der Freistaat hat zu dieser Testverordnung auch noch ein Schreiben angekündigt. Wir sehen den primären Einsatz von Schnelltests für Patienten, Bewohner und

das Personal im Klinik- und Pflegebereich. Dazu gibt es auch Empfehlungen des Bundesgesundheitsministeriums.

Pädagogisches Personal an Schulen und Kitas kann die Tests nicht einsetzen, weil sie dafür keine Qualifikation haben. Schnelltests können an Schulen auch keine Quarantäne verkürzen. Wir können uns die Schulen als Einsatzort für die Schnelltests vorstellen, um schneller zu Ergebnissen zu kommen. Wir warten aber noch auf die genauen Informationen zur Verteilung vom Bayerischen Gesundheitsministerium und werden den Stadtrat über die Möglichkeiten informieren.

Herr Schäuble:

In den Sommerferien haben wir das Bürgertelefon reformiert und einen Single Point of Contact geschaffen. Das Telefon ist mit Beginn des Schulbetriebs an den Start gegangen. In den letzten vier Wochen wurden 30 000 Anrufe abgearbeitet, in Spitzenzeiten waren es 3 000 Anrufe am Tag. Mit den FAQs ist es gelungen, die Fachhotlines zu entlasten. Das Bürgertelefon des Direktoriums hat eine Erst-Ticket-Quote von 80 %. Das bedeutet, 80 % der eingegangenen Anrufe konnte das Bürgertelefon abwickeln, nur 20 % mussten weitergegeben werden. Das ist eine gute Entlastung für die fachlichen Hotlines.

Aktuell schaffen wir mit den Restbeständen der Schutzausstattung aus der ersten Welle ein Materiallager, obwohl wir die Ausstattung eigentlich an den Freistaat zurückgeben müssten. Wir verhandeln gerade, dieses Material als Zwischenpuffer zu behalten und arbeiten bei der Umwälzung des Lagers mit der Münchner Krankenhausgesellschaft zusammen. Darüber werden wir den Stadtrat noch informieren.

Wir bringen die Contact Tracing Teams im RGU voran. Steigen die Zahlen, haben wir etwa 30 000 bis 45 000 überwachungspflichtige Personen im System. Wir informieren die Fraktionen weiterhin in einer 14-tägigen Videokonferenz.

Zum Fazit: Unsere Fallzahlen sind höher als in der ersten Welle. Das Contact Tracing ist gerade noch leistbar und wird weiter ausgebaut. Wir haben mehr Tests als in der ersten Welle. Die Ärzte sind besser eingebunden, die Materialversorgung ist teuer, aber möglich. Die Handelswege nach China, von wo das meiste Material kommt, sind offen. Die Krankenhäuser sind bei gleichen Fallzahlen noch nicht so belastet wie in der ersten Welle. Schulen und Kitas sind gut aufgestellt. Es ist ein größtmögliches Maß an Normalität gewährleistet. In den nächsten Wochen werden wir wieder berichten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. - (Allgemeiner Befall)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auf der Homepage des Testzentrums bekomme ich erst nächsten Montag einen freien Termin. Es scheint sich dort zu stauen. Bauen Sie die Kapazitäten auf der Theresienwiese aus? Wie könnten diese Personen besser auf die anderen Testzentren und Ärzte verteilt werden?

Sie haben dargestellt, Kinder sind nicht unbedingt die Treiber der Pandemie. Ich gehe davon aus, dass sich das mit dem Wechsel in die 5. Klasse nicht unbedingt ändern wird. Ältere Kinder sind wegen ihres Freizeitverhaltens wahrscheinlich häufiger betroffen als kleinere Kinder. Der Bruch der Maskenpflicht von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen ist notwendig. Die Grenze müsste vielleicht nicht so scharf sein, wenn andere Möglichkeiten gefunden werden.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben gestern geschrieben, die Maske im Klassenverbund sei notwendig, wenn 1,5 Meter Abstand nicht eingehalten werden können. Gibt es Bestrebungen, die Erleichterung für die Grundschulklassen auch sukzessive für die 5., 6. und 7. Klassen einzuführen? Masken sind für Kinder eine Behinderung. Man versteht sich nicht und das Lernverhalten ist anders. Nach Studien ist es auch eine Belastungssituation, immer nur in Gesichter ohne Mimik zu schauen. Es wäre schön, auch ältere Kinder entlasten zu können. Welche Anstrengungen werden dafür unternommen?

Noch eine Frage zur Gruppengröße. Maximal zwei Hausstände oder fünf Menschen dürfen in einer Gruppe im Freien, privat und vermutlich auch in Gaststätten zusammen sein. Welchen Abstand müssen diese Gruppen zueinander halten? Wann spricht man von einer Gruppe und wann bei gegebenem Abstand von zwei Gruppen? Ist die Maskenpflicht der Erzieher*innen eine Sache des Freistaats Bayern und nicht der Landeshauptstadt München? Hat die Landeshauptstadt München hier einen Spielraum?

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich wollte ein Lob aussprechen. Ich lasse mich regelmäßig an der Theresienwiese testen, es funktioniert wunderbar. Ich bekomme das Testergebnis sogar vor der angegebenen Zeit und bin froh, dass das Zelt winterfest gemacht wird. Bei der letzten Testung war es sehr kalt. Danke auch für den sehr ausführlichen Bericht. Ich Sorge mich, wenn wir die Infektionsketten nicht unterbrechen können und das Virus auf die ältere Bevölkerung überspringt. Hier können wir alle etwas tun.

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! In der letzten Woche wurde die siebte bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung angeordnet, die für Grundschulen eine Maskenpflicht vorgibt. Ich war sehr froh, gestern Nachmittag zu erfahren, dass Sie diese wieder gekippt haben. Meine Anerkennung für diesen kleinen, aber mutigen Schritt. Ich danke explizit allen und den Beteiligten der Verwaltung. Die Verordnung sieht vor, in begründeten Fällen abzuweichen. Trifft das den gesamten gesellschaftlichen Bereich? Wo könnte man abweichen?

Wir haben etwas über die neuen Schnelltests gehört, die nicht so zuverlässig sind wie die PCR-Tests. Was ist eigentlich ein PCR-Test? Manche bezeichnen ihn als Labortest, der für die ärztliche Diagnostik ungeeignet sei, weil nur kleine Anteile an Gen-Sequenzen gemessen werden. Werden die steigenden Infektionszahlen auch in das Verhältnis zu den Tests gesetzt? Wer ist infiziert, wer gilt als krank oder ansteckend? Wer hat Symptome, wer ist im Krankenhaus, wer stirbt wirklich an Corona?

Insgesamt sollte die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verloren werden oder man müsste zu anderen Entschlüssen kommen. Werden auch andere gefährliche Krankheiten in diesem Fokus gesehen? Gibt es Kontraindikationen gegen die Maske? Gibt es gesundheitliche Einschränkungen oder Einschränkungen psychischer und physischer Art bei den Kindern? Man sollte nicht nur auf Nummer sicher gehen, sondern das Gesamtbild im Auge haben. An den Schulen könnte das gesamte Gelände mit den Gängen ins Auge gefasst werden. Eltern werden aufgefordert, für ausreichendes Lüften ihre Kinder nach dem Zwiebelssystem anzuziehen. Gehen die Kinder nach dem Schwimmunterricht mit nassen Haaren nach Hause?

Stellv. Referent Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir werden die Kapazitäten an der Theresienwiese selbstverständlich anpassen, wenn wir dafür genügend Laborkapazitäten haben. Wegen der Jedermann-Testung tauschen wir uns mit der KVB aus, die die Tests bezahlt. Viele Leute melden sich unter info.corona-teststelle.de an der Theresienwiese an und kommen nicht. Mittlerweile überbuchen wir ähnlich wie die Fluglinien das System, was gut funktioniert. Beim ersten Aufruf der Webseite kann es sein, dass man keinen Termin bekommt. Deswegen sollte man es nochmals probieren. Wenn Sie unter www.kvb.de ins Internet gehen, sehen Sie, wie viele Mediziner Testungen anbieten. Zum Teil leisten Praxen bis zu 200 Abstriche am Tag. Wir beobachten das und koppeln uns auch mit unserer Ambulanz zurück.

Die Kinder sind nicht die Infektionstreiber. Die älteren Kinder und Jugendlichen zeigen ein anderes Freizeitverhalten und sind infektiologisch interessanter. Das Kultusministerium hat den Rahmenhygieneplan für Schulen und die Maskenpflicht ab der 5. Klasse zusammen mit dem Gesundheitsministerium und dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erstellt. Auch Kinderärzte waren daran beteiligt. Alle Fachleute haben die Grenze bei der 5. Klasse gezogen. Ich möchte nicht ausschließen, dass neue Erkenntnisse das ändern könnten.

Auch für die Maskenpflicht von Erzieherinnen und Erzieher liegt ein Rahmenhygieneplan des Bayerischen Sozial- und Gesundheitsministeriums sowie des LGL vor. Unsere Zahlen belegen, dass vor allem das Personal das Virus in die Kitas bringt. Das hängt auch davon ab, wie sich das Personal privat verhält. Ich möchte niemandem etwas vorwerfen, sondern stelle nur fest, dass die Zahlen für den Eintrag durch das Personal sprechen. Deswegen ist die Maskenpflicht für das Personal in den Kitas sinnvoll. Die Stadtschulrätin kann ausführen, was wir bei den durchsichtigen Masken veranlasst haben. Grundsätzlich halte ich das für sinnvoll.

Bei den weiteren Fragen sind Frau Zurek und Herr Dr. Böhle angesprochen worden.

Vielleicht noch eine Ergänzung zu den zwei Hausständen bzw. den fünf Personen: Im eigenen Hausstand pflegt man in der Regel mit dem Partner/der Partnerin oder den Kindern einen intensiveren Umgang. Für weitere Personen gilt natürlich immer das allgemeine Abstandsgebot. Das sollte man beachten. Der Verordnungsgeber hat es aber unter sozialen Aspekten für infektiologisch zulässig erachtet, dass sich nicht nur zwei Hausstände in der Öffentlichkeit oder privat an einem gemeinsamen Tisch treffen dürfen. Insgesamt können sich auch fünf Personen unabhängig von den Hausständen treffen. Das müssen Sie unter sozialen Aspekten sehen. Das Gesundheitsamt tut sich wesentlich leichter, wenn alle diese Regeln einhalten, weil die Kontakte dann besser nachverfolgt werden können.

StSchRin Zurek:

An mich richtete sich die Frage, ob wir bezüglich der Klassenzimmer etwas unternehmen. Die Schulen sind insgesamt aufgefordert, zu überprüfen, welche Klasse in welchem Raum unterrichtet wird. Die Räumlichkeiten sind großzügig, gut und pädagogisch sinnvoll. Das haben Sie in unserem Standardraumprogramm beschlossen. Es sind aber nicht immer 1,5 m Abstand gewährleistet. Das lässt sich auch nicht kurzfristig ändern. In manchen Schulen fehlen noch Räume oder es müssen Zimmer doppelt genutzt werden. Wir haben die Schulbauprogramme, um diese Dinge vorwärts zu

bringen. Die Schulen lösen dies organisatorisch. Wenn die Pandemie weiter fortschreitet, wird sich sicher wieder die Notwendigkeit ergeben, die Schulturnhallen oder Aulen einzubeziehen. Derzeit wird von den Schulen organisatorisch klug geregelt, wie sie damit umgehen. Sie legen z. B. auch fest, wie sie mit den Abschlussklassen egal welcher Schulart verfahren, damit hier Stabilität gewährleistet ist.

Herr Fuchs hat schon etwas zum Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ausgeführt. Der Rahmenhygieneplan sieht hier eine Entscheidungsmöglichkeit vor. Er besagt aber auch klar, dass es sich um eine Empfehlung handelt. Angesichts der Erkenntnisse des Referats für Gesundheit und Umwelt war es sinnvoll, die Maskenpflicht bei den Erzieherinnen und Erziehern zu stabilisieren, wie es im Rahmenhygieneplan empfohlen wird. Derzeit wird überprüft, ob es möglich ist, mit transparenten Masken zu arbeiten. Das wären hauptsächlich diese Smiley-Masken, denn die ganz transparenten Masken schließen nicht ab und lassen Partikel durch.

Der Bereich Kita ist insofern unterwegs. Es sind auch ausdrücklich Ausnahmen abgesprochen: Falls es tatsächlich einmal notwendig sein sollte, kann die Erzieherin in eigener Verantwortung die Maske aus pädagogischen Gründen abnehmen. Das gilt aber natürlich nicht dauerhaft. Insbesondere wird jetzt geschaut, ob die transparenten Masken sinnvoll sind. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten aber in der jetzigen Situation abgestimmt und stabil.

Bfm. StR Dr. Böhle:

Herr Ruff, ich gehe auf Ihre Frage zum gemeinsamen Aufenthalt ein. Dieser ist tatsächlich verordnungsunmittelbar auf fünf Personen beschränkt. Wenn sich also zwei Gruppen im öffentlichen Raum aufhalten, ist das nicht zulässig. Der gemeinsame Aufenthalt von fünf Personen ist erlaubt. Das heißt, zwei Mal fünf Personen sind möglich, wenn sie jeweils gemeinsam zu fünft sind. Der Abstand zwischen diesen Gruppen muss aber eingehalten werden. Im privaten Raum gilt ausschließlich: maximal fünf Personen oder zwei Hausstände. In der Gastronomie gilt ebenfalls die Beschränkung auf fünf Personen. Wenn zehn Leute kommen, müssen sie mit Abstand oder Trennwand an zwei Tischen sitzen.

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag Nr. 539 von FDP - BAYERNPARTEI ist damit erledigt.

Pop-up-Bike-Lanes verlängern
Dringlichkeitsantrag Nr. 550 von DIE LINKE./Die PARTEI
für die Vollversammlung am 21.10.2020

Aktensammlung Seite 587

OB Reiter:

Ich habe inzwischen eine Auskunft der Rechtsabteilung. Wir klären das jetzt. Die Ladung zu einem gemeinsamen Mobilitäts- und Planungsausschuss am Mittwoch, den 28.10. ist rechtlich noch möglich. Geladen werden müsste bis spätestens Freitag, den 23.10. Das geht allerdings nur, wenn die Vollversammlung das heute beschließt. In diesem Fall ist der Antrag nicht dringlich, weil er dann in der nächsten gemeinsamen Sitzung von Mobilitäts- und Planungsausschuss behandelt wird. Das ist die Auskunft der Rechtsabteilung.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich richtig informiert bin, steht heute nicht auf der Tagesordnung, dass die Vollversammlung einen gemeinsamen Ausschuss beschließt. Es wurde auch kein entsprechender Dringlichkeitsantrag eingereicht. Ich glaube nicht, dass die Vollversammlung heute einen gemeinsamen Ausschuss beschließen kann. Dieser steht nicht auf der Tagesordnung. Weder wurde regulär dazu geladen noch ein Dringlichkeitsantrag dazu eingereicht. Im Dringlichkeitsantrag der FDP ist von keinem gemeinsamen Ausschuss die Rede. Wir können ihn deshalb heute nicht beschließen. - (Zwischenrufe)

OB Reiter:

Wir können das gerne noch ein paar Mal diskutieren. Ich bin der Meinung, was die Rechtsabteilung mir aufschreibt, ist das, was ich zu vollziehen habe. Das werde ich auch tun. - (Zurufe) - Stellen Sie gerne noch Fragen. Die Rechtsabteilung bitte ich: Befassen Sie sich mit der Frage, ob wir den Dringlichkeitsantrag, den wir als nicht dringlich erachten, in einen anderen dringlichen Antrag umwandeln können. Das wäre der Antrag auf die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses. Das ist die Idee.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal dafür plädieren, das rational und dringlich heute zu entscheiden. So schwierig ist das Anliegen nicht! Wir müssen nur

die Frist zum 31.10. aufheben. Ob der Mobilitätsausschuss im November oder Dezember etwas anderes beschließt, bleibt dahingestellt. Ich möchte dafür plädieren, an dieser Stelle einmal rational zu handeln!

OB Reiter:

Wir handeln schon manchmal rational. Nicht immer. Gelegentlich kennen wir alle die Gratwanderung zwischen Politik und rationalem Handeln - natürlich nicht bei der Linken, aber sonst. Wir versuchen durchaus ab und zu, vernunftorientiert zu handeln. - (StRin Wolf: Dieser rationale Antrag kommt von uns!)

Die Idee von Dringlichkeitsanträgen ist, den normalen Antrag zu ersetzen, wenn ein Ausschuss sich nicht rechtzeitig mit der Thematik befassen kann. Das wissen Sie, geschätzte Frau Wolf. Genau darüber diskutieren wir gerade: Gibt es noch eine rechtlich zulässige Möglichkeit zu einer Ausschussbefassung mit diesem Thema? Sie sehen mich in dieser Frage absolut entspannt.

Ich schlage vor, jetzt die erste Wahl durchzuführen. So hat die Rechtsabteilung Gelegenheit, sich dieser Frage zu nähern. Nach der ersten oder der zweiten Wahl unternehmen wir den zweiten Versuch, rechtlich begründet abzustimmen.

- siehe auch Seite 40 -

**Wahl der Leitung des Mobilitätsreferats;
Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung;
Vertretung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder**

Aktensammlung Seite 533

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister! Wir freuen uns sehr, mit Herrn Georg Dunkel einen ausgezeichneten Verkehrs- und Mobilitätsexperten für die Wahl zur Gründungsleitung des Mobilitätsreferats vorschlagen zu können. Als für die Verkehrsplanung zuständiger Abteilungsleiter im Planungsreferat ist er in Münchner Mobilitätsfragen erfahren und kenntnisreich wie wohl kaum ein anderer. Er ist exzellent vernetzt und hat eine verbindliche und sympathische Art. Außerdem steht er klar für die Ziele, die wir uns als Stadtratsmehrheit für eine ökologische und die Lebensqualität verbessernde Verkehrswende in München gesetzt haben. Wir können mit großer Freude und großem Vertrauensvorschuss Herrn Dunkel als neuen Mobilitätsreferenten vorschlagen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten letzte Woche eine sehr interessante Vorstellungsrunde mit einer Reihe von Kandidaten. Die CSU hatte bei dem einen oder anderen Kandidaten Bedenken. Es waren aber auch sehr gute Bewerber dabei. Nachdem die Grünen ihre Wahl bekannt gegeben haben, stehen leider viele Kandidaten nicht mehr zur Verfügung. Die CSU-Stadtratsfraktion verzichtet deshalb heute darauf, einen Vorschlag zu machen. Es ist nicht angemessen, heute jemanden ins Rennen zu schicken, der nach menschlichem Ermessen keine Mehrheit erhalten wird und von sich aus seine Kandidatur zurückgezogen hat.

Wir werden Herrn Dunkel nicht wählen. Er hat sicher etliche Ansätze, die wir unterstützen. Auch die CSU steht für die Verkehrswende. Es gibt aber etliche Ansatzpunkte, mit denen wir nicht einverstanden sind. In der Vorstellungsrunde haben wir z. B. viel zu wenig zum Thema Wirtschaftsverkehr gehört. Auch das Thema Pendelverkehr ist aus unserer Sicht nicht befriedigend geklärt worden. Wir werden Herrn Dunkel daher heute nicht unterstützen. Es ist mir aber wichtig, zu

erwähnen: Wir bieten von unserer Seite eine konstruktive Zusammenarbeit an. Die Verkehrswende ist sicher das Thema, das uns in den nächsten Jahren in der Stadtpolitik am meisten beschäftigen wird. Es ist bestimmt auch das kontroverseste Thema. Die CSU wird wie bisher konstruktiv mitarbeiten und Herrn Dunkel - sofern er gewählt wird - eine konstruktive Zusammenarbeit anbieten.

- Der Vorsitzende übergibt an die Wahlkommission.

Die Stadtratsmitglieder Dr. Menges, Vorländer und Fuchs bilden den Wahlausschuss.

Um 11:03 Uhr tritt die Vollversammlung in die Wahlhandlung ein. Es erfolgt der Namensaufruf und nach Beendigung des Wahlgangs die Auszählung der Stimmzettel. -

StRin Dr. Menges:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen nun das Wahlergebnis für den oder die Leiterin des Mobilitätsreferats bekanntgeben:

Wahlberechtigte:	1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Anwesend:	1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Abgegebene Stimmen:	81
Ungültige Stimmen:	23
Gültige Stimmen:	58

Die Stimmenverteilung stellt sich wie folgt dar:

Frau Prof. Dr. Ing. Stefanie Bremer:	1 Stimme
Herr StR Alexander Reissl:	1 Stimme
Herr StR Hans-Peter Mehling:	1 Stimme
Herr StR Paul Bickelbacher:	4 Stimmen
Herr Dr. Martin Schreiner:	4 Stimmen
Herr Georg Dunkel:	47 Stimmen

Georg Dunkel ist mit 47 Stimmen gewählt. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt) -
Herr Dunkel, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Herr Dunkel:

Vielen Dank. Ich nehme die Wahl gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Großen Dank an alle, die mich im Hintergrund so intensiv und gut unterstützt haben. Danke!
- (Beifall)

- OB Reiter, StR Müller und StRin Hanusch überreichen Blumensträuße. -

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

OB Reiter:

Frau Dr. Menges, vielen Dank für die Durchführung der ersten Wahl!

Pop-up-Bike-Lanes verlängern
Dringlichkeitsantrag Nr. 550 von DIE LINKE./Die PARTEI
für die Vollversammlung am 21.10.2020

Aktensammlung Seite 587

OB Reiter:

Ich starte jetzt den nächsten und letzten Versuch, den Dringlichkeitsantrag Nr. 550 zu bearbeiten. Der Einwand von Herrn Pretzl war durchaus gerechtfertigt. Die Rechtsabteilung sagt, es gäbe zumindest ein gewisses Risiko, wenn wir heute über die Ladung eines gemeinsamen Ausschusses abstimmen würden, wie ich es vorgeschlagen habe. Sie hat mich aber gleichzeitig verständigt, dass ich das ganz alleine darf. - (Heiterkeit) - Ich muss Sie gar nicht fragen, ich darf einfach einladen! - (Zurufe)

Hiermit gebe ich zu Protokoll: Ich werde rechtzeitig - spätestens am Freitag - zu einem gemeinsamen Mobilitäts- und Planungsausschuss in der nächsten Woche einladen. Die Beschlussvorlage wird Ihnen rechtzeitig zugehen. Ich bin deswegen der Meinung, dass der Antrag heute nicht dringlich ist, sondern nächste Woche in einem gemeinsamen Ausschuss behandelt und beschlossen werden kann. Das ist die vorläufig letzte Rechtsauskunft zu diesem Thema. Ich freue mich, dass ich mehr darf, als ich weiß. Bei Gelegenheit muss ich mich schlau machen, was noch alles geht! - (Zwischenrufe)

Dem Dringlichkeitsantrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/FW **nicht zuerkannt**.

Der Antrag wird in einem gemeinsamen Mobilitäts- und Planungsausschuss am 28.10.2020 behandelt.

- siehe auch Seiten 20 und 35 -

**Verkürzung der Amtszeit der berufsmäßigen Stadträtin Beatrix Zurek;
Nachbesetzung und Wahl der Leitung des Referats für Gesundheit und Umwelt;
Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung**

Aktensammlung Seite 535

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich noch an flammende Reden der früheren Opposition Die Grünen - Rosa Liste bei Stellenbesetzungen durch Schwarz-Rot erinnern. Es hieß: „Wir brauchen Qualität! Wir wollen keine Parteibuchbesetzungen! Wir wollen eine Ausschreibung, weil wir sehen wollen, wer zu uns passt. Die Referenten geben die politische Richtung vor, und wir wollen uns das anhören! Wir wollen uns das vor allen Dingen im Fachausschuss anhören!“ Das war damals richtig, und das ist heute richtig. Wir sind deshalb der Meinung, Referatsspitzen sollten grundsätzlich ausgeschrieben werden.

Wenn Frau Zurek mit dem heutigen Beschluss zum Monatsende aus der Referatsspitze des Bildungsreferats ausscheidet, ist das so. Das wollen wir ihr nicht verwehren. Wir wollen aber, dass diese Stelle möglichst schnell ausgeschrieben wird. Das Gleiche gilt natürlich für das Gesundheits- und Umweltreferat. Wir haben daher einen Änderungsantrag eingebracht: Diese Stellen sollen ausgeschrieben werden. Außerdem soll eine Vorstellungsrunde vor dem ehrenamtlichen Stadtrat im Fachausschuss stattfinden. Der Ausschuss ist immer ein gemeinsamer Ausschuss. Ich gehe davon aus, dass wir uns leider nicht durchsetzen, weil es sicher eine Vereinbarung zwischen Grün und Rot gibt. Wir bitten für diesen Fall um eine Vorstellungsrunde, wenn das schon nicht im Fachausschuss stattfindet. Wir wollen wissen, wen wir wählen und wohin es fachlich gehen soll.

Ich bitte um Verständnis, dass wir nicht abnicken, was sie in einer internen Koalitionsrunde ausgemacht haben. An diesen Postenbesetzungen wollen wir uns nicht beteiligen. Wir wollen, dass die Stadt vorankommt, und wir wollen für die wichtigsten Ämter in dieser Stadt ein geordnetes Auswahlverfahren durchführen. Danke schön. - (Beifall von ÖDP/FW)

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten ebenfalls eine Ausschreibung beantragt. Als ich die Vorlage gelesen habe, war ich ein bisschen irritiert. Frau Zurek, ich bestreite nicht, dass Sie eine hervorragende Juristin sind. Als Pflegekraft kann ich gar nicht

beurteilen, ob Juristinnen und Juristen gut oder schlecht sind. Wir hätten uns aber eine Ausschreibung gewünscht, weil wir glauben, die Leitung für das Gesundheitsreferat muss eine gewisse gesundheitspolitische Kompetenz mitbringen. Es reicht nicht, Juristin zu sein. Es geht auch darum, welche gesundheitspolitischen Herausforderungen wir neben Corona haben. Wir haben zwar mit der Pandemie durch Covid-19 eine große weltweite Gesundheitskrise. Wir haben aber auch noch andere gesundheitspolitische Baustellen.

Nachdem die Mehrheitsverhältnisse so sind, wie sie sind, gehe ich davon aus, dass unser Antrag bzw. der Änderungsantrag von ÖDP/FW keine Mehrheit findet. Ich habe aber trotzdem ein paar Fragen, die ich Ihnen gerne mit auf den Weg geben möchte. Ich bitte, diese vor der Wahl zu beantworten.

Die erste Frage lautet: Wie wollen Sie die Ergebnisse der Pflegestudie umsetzen? Diese liegt seit etwa zwei Jahren vor. Es gibt ein paar Punkte, wie wir die Pflegesituation insbesondere in der München Klinik verbessern sollen.

Die zweite Frage: Wollen Sie sich mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern wegen der kinder- und hausärztlichen Versorgung anlegen? Es gibt im Stadtrat fraktionsübergreifend Anträge zu unterschiedlichen Stadtvierteln. Ich glaube, die CSU hat das neulich für Freiam beantragt. Wir haben es vor geraumer Zeit für Riem beantragt. Das betraf insbesondere die kinderärztliche Versorgung. Es gibt auch entsprechende Anträge von SPD und Grünen. Wie wollen Sie diese Großbaustelle auf den Weg bringen?

Daneben gibt es im Gesundheitswesen immer noch die Großbaustelle der Versorgung von Frauen mit Handicap. Das ist ebenfalls ein großes Problem. Mich würde interessieren, wie Sie das voranbringen wollen.

Grundsätzlich noch zwei Punkte zu den Kliniken: Wie sehen Sie die Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene? Wie positionieren Sie sich zum System der Fallpauschalen? Der Stadtrat hat beschlossen, dass die München Klinik gGmbH (MüK) Mitte nächsten Jahres in das Referat für Gesundheit übergehen wird. Bei den Kliniken gibt es eine Verzögerung bei den Baumaßnahmen. Wie wollen Sie die Frage der Großbaustellen bei der MüK lösen? Ich bitte, meine Fragen zu beantworten.

OB Reiter:

Frau Zurek, sind Sie geneigt, diese Fragen zu beantworten? Ein Zwang besteht nicht.

- (StR Pretzl: Es wurde noch niemand vorgeschlagen!) - Richtig! Wir müssen erst einmal jemanden vorschlagen. - (Unruhe) - Ich würde abwarten, ob ein Stadtratsmitglied jemanden vorschlägt. Danach könnten wir denjenigen oder diejenige ggf. befragen. Oder sehen Sie es anders, Herr Ruff?

StR Ruff:

Wir müssen erst über unseren Änderungsantrag abstimmen. Sonst könnte unser Vorschlag nie zum Tragen kommen.

OB Reiter:

Da haben Sie recht. Wenn wir den Änderungsantrag der ÖDP/FW beschließen, bräuchten wir keinen Vorschlag, weil dann plötzlich das Verfahren ein anderes wäre. Also ist die logische Reihenfolge, zunächst über den Änderungsantrag abzustimmen. Sollte er keine Mehrheit finden, können Sie Personen vorschlagen, an die sich die Fragen des Kollegen Jagel richten. Nach einer Antwortrunde folgt die Wahl.

Der Änderungsantrag der ÖDP/FW wird gegen die Stimmen von ÖDP/FW, FDP - BAYERNPARTEI, DIE LINKE/Die PARTEI und AfD **abgelehnt**.

Wir bleiben bei der in der Vorlage beschriebenen Vorgehensweise. Ich frage nach Vorschlägen.

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Ich frage mich, ob überhaupt noch ein Vorschlag notwendig ist, weil in Ziffer 3 des Antrags des Referenten steht:

„Die Wahl der Leitung des Referates für Gesundheit und Umwelt wird in der heutigen Sitzung auf der Grundlage des obigen Beschlussvortrags durchgeführt.“

Wir wissen alle nicht, was dabei herauskommt. Jedenfalls sollte das unter Demokraten so sein. In Ziffer 4 des Antrags des Referenten steht:

„Zum 01.01.2021 übernimmt Frau Zurek die Leitung des neuen Gesundheitsreferats. {...}“

OB Reiter:

Das ist der Service meines Direktoriums. - (Heiterkeit)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Sind wir jetzt in China oder in der DDR light? Wo sind wir?

OB Reiter:

Die prognostischen Fähigkeiten sollten Sie in Ihrem demokratischen Abstimmungsverhalten keineswegs beeinflussen. Auch dazu lässt sich ggf. eine Änderung beschließen. Ich greife den Einwand aber gerne auf. Es ist zu überlegen, ob wir künftig vor einer Wahl das Wahlverhalten vorher verschriftlichen sollten. - (StR Jagel: Ausgefüllte Stimmzettel!) - So weit wollen wir auf keinen Fall gehen. Ich bitte um Nachsicht und Contenance. Wir sind alle nicht erst seit gestern dabei. Aber ich nehme diesen Einwand gerne zerknirscht zur Kenntnis. Trotzdem bitte ich um Vorschläge.

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat sich jetzt schon gezeigt: Der Weg zu dieser Personalie war nicht ganz einfach. Ich gebe zu, dass Personalentscheidungen in Zukunft nicht auf diesem Weg stattfinden sollten, weil uns das allen als Stadtrat nicht guttut. Nichtsdestotrotz ist Beatrix Zurek zu diesem Zeitpunkt genau die richtige Besetzung für das künftige Gesundheitsreferat. Wir befinden uns mitten in der größten Gesundheitskrise, die diese Stadt jemals erlebt hat - zumindest seit Menschengedenken. Wir merken an den Diskussionen, die jetzt nicht nur im Stadtrat, sondern überall im Land und in Europa geführt werden, dass diese Krise mit allen Begleiterscheinungen erst richtig begonnen hat.

Am Anfang gab es für viele Maßnahmen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Inzwischen diskutieren wir viel mehr über die Verhältnismäßigkeit, über die Notwendigkeit von Maßnahmen und darüber, ob die von der Politik getroffenen Entscheidungen für Maßnahmen den gewünschten Nutzen erzielen. Gerade an dieser Stelle ist es richtig, mit der Juristin Beatrix Zurek jemanden zu haben, der einerseits eine Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen sehr gut einschätzen und prüfen kann, aber auch weiß, wo die kommunalen Ermessensspielräume bei den Vorgaben des Freistaats liegen, der im Krisenstab auch von Anfang an bei der Bewältigung der Krise dabei war und die Abläufe und beherrschenden Themen kennt.

Beatrix Zurek ist auch persönlich geeignet. Ich kenne kaum jemanden, der so viel arbeitet und so fleißig ist. Sie hat ein Gespür für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat sehr viele kompetente Beschäftigte, die sich fachlich auskennen. Es ist wichtig, dass jemand all diese fachlichen Kompetenzen an der Spitze zusammenführt und die Themen, die man gemeinsam fachlich bearbeitet, nach außen vertritt.

Wir trauen Beatrix Zurek diese Aufgabe zu. Ich fand es sehr angenehm, dass wir bisher im Stadtrat Maßnahmen nicht entlang von Parteigrenzen diskutiert haben, sondern anhand fachlicher Positionen. Das wünsche ich mir auch für die Zukunft. Deshalb bitte ich, dass wir nach einer sehr fähigen und engagierten Referentin Stephanie Jacobs jetzt auch der neuen Referentin - wir schlagen Beatrix Zurek vor - ein breites Mandat quer über die Fraktionen geben. - (Beifall der SPD)

StR Prof. Dr. Theiss:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Hübner, ich kann Ihnen nur recht geben. Der Weg war nicht ganz einfach. Das Ergebnis, das uns dieser Weg beschieden hat, muss man trotz allem noch einmal differenzierter und kritisch unter die Lupe nehmen. Wir haben der Ausschreibung deshalb nicht zugestimmt, weil wir der Meinung sind, jetzt muss jemand zügig gefunden werden, der es gut macht. Da wäre eine langwierige Ausschreibung bei einer Pandemie strukturell wahrscheinlich der schwierigere Weg gewesen.

Frau Zurek ist garantiert eine ehrenwerte Person. Das ist keine Frage. Sie hat sich bildungspolitisch gut eingearbeitet. Mir geht es wie dem Kollegen Jagel. Auch ich kann ihre juristischen Fähigkeiten nicht beurteilen. Ich kenne aber auch wenige Leute, die sie bestreiten. Insofern werden diese Fähigkeiten vorhanden und gut genug sein. Man muss aber auch der Realität ins Auge sehen. Nach dem Koalitionsvertrag wäre Frau Zurek nach einer Weile ohne Job gewesen und hätte eine Beschäftigung gebraucht.

Es ist grundsätzlich nicht ehrenrührig, wenn man versucht, sich weiterzuentwickeln und auch das Ressort zu wechseln. Es ist aber die Frage, ob es genau diese Position sein muss. Man muss sehen, wo wir uns zurzeit befinden. Wir sind in der schlimmsten Pandemie seit über hundert Jahren. Die zweite Welle ist voll angelaufen. Man kann natürlich auf den Krisenstab verweisen und sagen, jeder, der dort teilgenommen hat, könnte sich irgendwie eignen. Aber ein bisschen eine medizinische Qualifikation wäre schon gut gewesen, z. B. jemand, der gesundheitspolitische Erfahrung mitbringt, jemand, der in der Pflege gearbeitet hat, jemand, der einen ärztlichen Hintergrund hat, jemand, der vielleicht in einem Gesundheitsministerium oder in einem Gesundheitsamt gearbeitet

hat oder zumindest als Stadtrat Mitglied im Gesundheitsausschuss war. Der Krisenstab als einziger fachlicher Berührungspunkt ist uns zu wenig. Deswegen können wir diesen Vorschlag nicht unterstützen. Trotzdem freuen wir uns auf die Zusammenarbeit. Ich freue mich auch persönlich darauf, gerade bezüglich der Kliniken.

Nachdem Herr Jagel mit Fragen begonnen hat, möchte ich eine Frage anschließen. Wie wollen Sie die München Klinik gGmbH finanziell ausstatten?. Wir haben gestern in der Sitzung des Finanzausschusses gehört, dass allein für den Neubau in Harlaching über 70 Mio. € fehlen könnten. Wann wollen Sie wie viel Geld auftreiben? Haben Sie sich schon Vorstellungen gemacht, auf welchem Weg es gehen könnte, wie man vielleicht den PIT ändern müsste und ob es andere Finanzierungsmöglichkeiten gibt? Bei allem persönlichen Respekt glaube ich, aus fachlicher Sicht genügt es leider nicht. Deshalb können wir den Vorschlag nicht unterstützen. Trotz allem werden wir Sie aber konstruktiv kritisch begleiten und wünschen Ihnen alles Gute. - (Beifall der rechten Seite des Hauses)

OB Reiter:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich Frau Zurek bitten, die Fragen zu beantworten.

StSchRin Zurek:

Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats! Liebe Bürgermeisterin! Gern stelle ich mich Ihnen vor und beantworte auch Ihre Fragen. Ich möchte mit einem Dank, dass ich vorgeschlagen wurde, beginnen. Ich glaube, es ist eine große Herausforderung, in der größten Gesundheitskrise, die wir seit Jahrzehnten haben, ein Amt zu übernehmen, das große Herausforderungen mit sich bringt. Sie haben über meine juristischen Fähigkeiten spekuliert. Ich würde Ihnen in dem Fall raten, meine Gegner zu fragen, die ich bei juristischen Auseinandersetzungen hatte. Aber, Spaß beiseite!

Ich glaube, es kommt darauf an, die Texte gut zu analysieren, einen guten juristischen Sachverstand zu haben und logisch und strukturiert zu arbeiten. In dem Fall bin ich wirklich selbstbewusst, weil ich Managementerfahrung mitbringe. Es ist immer klug zu wissen, was man weiß und wann man andere Menschen fragen muss. Ich habe das Referat für Bildung und Sport über vier Jahre geleitet. Ich glaube, bei Antritt meines Amtes ist mir die gleiche Skepsis entgegengeschlagen, da ich bisher keine Unterrichtsstunde gehalten habe, was auch gut ist, und auch nicht in einer Kita tätig war. Nichtsdestotrotz habe ich mir die Felder erschlossen und auch mit dem Gesundheitsbereich

schon zu tun gehabt. Ich bin ehrenamtlich im Bereich der Suchtprävention tätig und war auch Vorsitzende eines Vereins. Diese Themen sind mir nicht fremd.

Ich glaube, Managementenerfahrungen zu besitzen und die eigenen Grenzen zu kennen sind das Wichtigste im Job einer Referentin und eines Referenten. Das Schöne ist der Umstand, dass man nicht in ein verwaistes Referat kommt, sondern in ein Referat, in dem sehr fähige Kolleginnen und Kollegen tätig sind, die ihre Frau und ihren Mann stehen, und in dem ein Stadtdirektor mit einer ungeheuer großen Erfahrung ist. Es sind Kolleginnen und Kollegen, die anpacken und ihr Wissen teilen. Ich glaube, wenn man nicht im Team arbeitet, hat man, egal mit welcher Ausbildung, verloren. Ich bringe Teamgeist und Erfahrung im Management mit und glaube, dass ich durchaus in der Lage bin, mich den Herausforderungen im Referat für Gesundheit und Umwelt zu stellen.

Es wird eine Aufgabe sein, die Trennung zu begleiten, wobei ich mit einem weinenden Auge sage, das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung hat mich schon bewegt und wird mich weiter bewegen, egal, ob der Bereich weiter im Gesundheitsreferat bleibt.

Das RGU ist durch die Anforderungen der Pandemie stark gefordert. Wir dürfen aber nicht vergessen: Jenseits der Pandemie gibt es viele Aufgaben, die in dem Bereich der gesundheitlichen Chancengleichheit zu erledigen sind. Dies beinhaltet auch die Prävention. Es ist umso klarer und einfacher, bei der Bekämpfung der Pandemie Erfolge zu erzielen, wenn man bei der Prävention vorwärts kommt, was Sie durch die Finanzierung von Stellen im Münchner Stadtrat getan haben. Deswegen wird es ein großer Spagat und eine große Herausforderung sein, auch den Bereich der Prävention am Laufen und Arbeiten zu halten und den Kolleginnen und Kollegen auch einen Freiraum zu geben. Ich glaube, wir müssen in allen Feldern, in denen das Referat für Gesundheit - jetzt noch Referat für Gesundheit und Umwelt - unterwegs ist, ein Zeichen setzen.

Es ist kein leichter Job. Ich glaube aber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen, in denen sie tätig sind, sei es in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei der Suchtbearbeitung, bei der Prävention und im Bereich der Kliniken, einen wirklich guten Job machen. Ich würde mich freuen, wenn ich dieses Team verstärken dürfte.

Ich habe es schon gesagt: Das Thema Gesundheit hat nicht nur den Aspekt der Pandemiebekämpfung, sondern eine körperliche, seelische und soziale Dimension. Wir stellen in unserer Stadtgesellschaft fest, dass es zu der Frage, wie Gesundheit gelebt werden kann und welche Chancen und Möglichkeiten es gibt, unterschiedliche Meinungen gibt. In diesem Bereich ist

öffentliches Geld im Einsatz. Es ist aber vielleicht nicht genug öffentliches Geld im Einsatz. Damit meine ich nicht den Münchner Stadtrat. Wir sind in einem System, in dem man viel zu lange auf die private Autonomie gesetzt und die Risiken eines öffentlich unterfinanzierten Gesundheitssystems verkannt hat. Ich glaube, wenn man Verantwortung für die Gesundheit der Münchner Bevölkerung übernimmt, ist es wichtig zu erkennen, dass eine Notwendigkeit besteht.

Am Rande sei erwähnt: Auch die Friedhöfe sind beim Gesundheitsreferat angesiedelt. Es ist auch wichtig, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen, angefangen mit den Fragen, wie man mit dem Hospizgedanken und der Finanzierung umgeht und Unterstützung leistet. Das sind Themen, über die man nicht gerne redet. Sie sind Alltag und Teil unseres Lebens. Aber die Themen Hospiz und Friedhöfe sind wichtig. Mit der damit verbundenen Kultur bilden sie eine Thematik, die man sehen muss.

Wenn ich kurz auf die von Ihnen gestellten Fragen eingehen darf, will ich überhaupt nicht den Eindruck erwecken, als hätte ich die Pflegestudie schon in extenso durchgelesen und mir eine fertige Meinung gebildet, wie man damit umgehen sollte. Ich weiß, das Thema ist zu bearbeiten. Ich weiß - das habe ich in meinem juristischen Studium gelernt -, ich werde die richtigen Menschen fragen, mir eine Meinung bilden und auf der Grundlage dessen dann Entscheidungen vorbereiten. Ich bin wie Sie der Meinung, dass wir nicht gerade eine optimale Verteilung der Ärzte, insbesondere der Kinderärzte, in München haben. Ich kann Ihnen versprechen, dass ich Zustände, die nicht zu tolerieren sind, nicht tolerieren möchte und Konflikte, wenn notwendig, eingehen werde. Das bezieht sich nicht nur auf eine Institution. Ich denke, es kommt darauf an, wie man in einen Konflikt geht, Dinge anspricht und versucht, für die Gesundheit der Münchner Bevölkerung das Beste zu erreichen.

Auch die Versorgung der Frauen mit Handicap ist ein Punkt, der dringend angegangen werden muss. Sie werden mich an Ihrer Seite wissen. Es sind genau die vermeintlich kleinen Fragen und Punkte, auf die es einzugehen gilt und die gelöst werden müssen, weil sie für die betroffenen Menschen die größten Auswirkungen haben.

Das Thema Kliniken und Fallpauschalen ist nicht endgültig auf Ebene der Landeshauptstadt München zu lösen. Aber das Thema Kliniken ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich freue mich, dass sich die Stadtkämmerei entschlossen hat, dieses liebe und teure Gut an das Referat für Gesundheit abzugeben, nachdem dieser Vorschlag gemacht wurde und Sie dem gefolgt sind. Ich glaube, dass eine hundertprozentige Tochter ein Juwel ist, von dem manche in anderen Städten träumen,

insbesondere, was die Ausstattung anbelangt. Wenn es finanzielle Belange zu klären gibt, wird man sie vorantreiben müssen. Es muss aber alles in einem Gesamtkontext gesehen werden, d. h. mit der Finanzierung in der gesamten Stadtgesellschaft. Es wird sicherlich ein Ringen sein, welche Maßnahmen notwendig sind und was welche Priorität bekommt. Es wird Ihrer Entscheidung obliegen, Schwerpunkte zu setzen. Das Klinikum hat beim Um- und Neubau Baustellen und vielleicht noch andere. Aber auch die wird man angehen. Ich maße mir überhaupt nicht an, ex cathedra Lösungen zu fabulieren. In einem gemeinsamen Gespräch werde ich diese Baustellen ansprechen und Lösungen suchen.

Herr Prof. Dr. Theiss, ich hoffe, ich habe mich Ihrer Frage angenähert und sie beantwortet. Ich kann Ihnen versichern, dass mir die Chancengleichheit der Münchnerinnen und Münchner am Herzen liegt. Sie hat mir schon immer am Herzen gelegen, sie hat mir in meinem jetzigen Tätigkeitsbereich am Herzen gelegen und sie liegt mir auch, was den gesundheitlichen Bereich betrifft, am Herzen. Auch die gesundheitliche Versorgung darf nicht davon abhängen, in welchen Verhältnissen Menschen - ich nenne besonders Kinder und Jugendliche - leben. Es ist eine große Herausforderung und eine stolze Aufgabe.

Ich würde mich über Ihre Unterstützung freuen. Wenn ich gewählt werden sollte, werde ich mich bemühen, auch die Zweifler unter Ihnen für die Arbeit in dem Bereich zu begeistern. Ich bedanke mich schon jetzt bei den Kolleginnen und Kollegen, die sehr viel Langmut haben werden, um mir Dinge zu erklären. Ich glaube, in einem großen Team schaffen wir das. Ich danke für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der linken Seite des Hauses)

OB Reiter:

Ich darf die beiden Damen und den Herrn fragen, ob sie sich als Wahlausschuss einen weiteren Wahlgang zutrauen. - (Zurufe: Ja!) - Dann darf ich Sie bitten, diesen Wahlausschuss zu bilden. Frau Dr. Menges als Vorsitzende bitte ich, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

- StRin Dr. Menges übernimmt die Sitzungsleitung -

Die Stadtratsmitglieder Dr. Menges, Vorländer und Fuchs bilden den Wahlausschuss.

StRin Dr. Menges:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beginnen mit der Wahl der Leitung des Referats für Gesundheit und Umwelt. Ich darf die bekannten Regularien kurz wiederholen:

Jeder wird namentlich aufgerufen und bekommt diesmal einen gelben Stimmzettel. Gültig ist die Stimme nur, wenn ein wählbarer Name auf den Stimmzettel geschrieben wurde. Ein Nein, Kennzeichnungen, Kommentare und Fantasienamen machen den Stimmzettel ungültig. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen bekommen hat.

Die Vollversammlung tritt in die Wahlhandlung ein. Es erfolgt der Namensaufruf und nach Beendigung des Wahlgangs die Auszählung der Stimmzettel.

StRin Dr. Menges:

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis für die Leitung des Referats für Gesundheit und Umwelt bekannt:

Wahlberechtigt: 1 Oberbürgermeister und
80 ehrenamtliche Stadratsmitglieder

Anwesend: 1 Oberbürgermeister und
80 ehrenamtliche Stadratsmitglieder

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	81
ungültige Stimmen:	24
gültige Stimmen:	57

Auf Frau Stadtschulrätin Beatrix Zurek entfielen	47 Stimmen
Auf Herrn Stadtrat Stefan Jagel entfielen	4 Stimmen
Auf Herrn Stadtrat Klaus Peter Rupp entfielen	4 Stimmen
Auf Frau Stadträtin Anne Hübner entfiel	1 Stimme
Auf Herrn Stadtrat Markus (sic!) Pretzl entfiel	1 Stimme

Liebe Beatrix Zurek, nehmen Sie die Wahl an?

StSchRin Zurek:

Ja! - (Lang anhaltender Beifall)

- StSchRin Zurek nimmt die Glückwünsche aus dem Stadtrat entgegen.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

OB Reiter:

Gibt es Gegenstimmen zum Antrag des Referenten mit den Ergänzungen zur aktualisierten Dienstaufwandsentschädigung und zur Stellvertretung?

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

OB Reiter:

Ich gratuliere den beiden Gewählten ganz herzlich und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit uns allen. - (Allgemeiner Beifall)

Corona-Virus SARS-CoV-2:

- Kurzarbeit bei städtischen Gesellschaften

- Zuschussempfänger

- Honorarkräfte

Nochmalige Verlängerung der Beschlüsse vom 29.04.2020

Aktensammlung Seite 537

StR Jagel:

Ich habe drei Fragen:

Warum wurde in der Vorlage nicht beschrieben, ob die Honorarverträge für Fortbildungsseminare des Personal- und Organisationsreferats unter Punkt 3 fallen?

Meine zweite Frage betrifft das Referat für Arbeit und Wirtschaft: Warum haben die Stadtführer*innen keine Ersatzleistungen bekommen? Dazu würden wir eventuell noch einen Änderungsantrag stellen. Unseren Antrag zu dem Thema hat der Oberbürgermeister schriftlich beantwortet. Er hätte aber mit dem Antrag von Die Grünen - Rosa Liste zu den Stadtführer*innen erledigt werden müssen.

Drittens: Warum waren bei der GEWOFAG knapp 70 Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit und bei der GWG keine?

Stellv. Referentin Morhöfer-Reissl (POR):

Meine Damen und Herren! Herr Jagel, ich weiß nicht, von welcher Vorlage des POR Sie sprechen.

StR Jagel:

In der Vorlage werden verschiedene Referate befragt. Nur vom POR gibt es keine Stellungnahme. Deshalb möchte ich wissen, ob externen Kräften, deren Seminare für POR-Mitarbeiter*innen nicht stattgefunden haben, Ausfallhonorare gezahlt wurden.

Frau Morhöfer-Reissl:

Es wurden keine Ausfallhonorare an Externe bezahlt.

OB Reiter:

Warum wurde nichts bezahlt?

Frau Morhöfer-Reissl:

Wahrscheinlich sehen die Verträge das so vor.

OB Reiter:

Vielleicht können Sie klären, warum es bei den vom POR vergebenen Aufträgen keine Gewährleistung gegeben hat. Das könnte in einem Brief beantwortet werden, wenn Sie einverstanden sind.

Bfm. StR Baumgärtner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Frage zu den Stadtführer*innen kann ich nicht aus dem Stegreif beantworten. Ich werde schriftlich darauf eingehen.

StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:

Ich schlage ebenfalls vor, die Frage zur Kurzarbeit bei GWG und GEWOFAG in Abstimmung mit den Wohnungsbaugesellschaften schriftlich zu beantworten.

OB Reiter:

Wir klären die drei Fragen und geben die Antworten allen Stadtratsmitgliedern zur Kenntnis.

StR Jagel:

Ich hatte noch die Frage gestellt, warum unser Antrag nicht wie der Antrag von Die Grünen - Rosa Liste in der Vorlage abgearbeitet wird. Ich bin etwas irritiert, dass Sie die Frage zu den Stadtführer*innen nicht beantworten können. Ich weiß, Sie sind mit ihnen im Gespräch. Deswegen hätte das Thema in die Vorlage gehört. Stattdessen wird eine weitere Vorlage produziert.

OB Reiter:

Das Problem ist: Wir können die Frage nicht ad hoc beantworten. Wir werden uns bemühen, die Antwort möglichst schnell zu geben, damit Sie gegebenenfalls politisch reagieren und entsprechende Anträge stellen können.

StRin Wassill:

Sehr verehrte Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister! Unser Änderungsantrag bezieht sich auf den Vorschlag des Referenten, die befristeten Beschlüsse bis zum Ende der

pandemischen Beschränkungen zu verlängern. Dabei wissen wir gar nicht, wann das sein wird. Es könnte der Sankt-Nimmerleins-Tag sein. Wir sind der Meinung, das geht so nicht. Die vorangegangenen Ermächtigungen der Referate wurden zwei Mal befristet ausgesprochen. Der Höhepunkt der Pandemie war im März/April. Jetzt sind die schweren Krankheitsverläufe medizinisch gut versorgbar, wie uns heute vorgetragen wurde.

Wir haben Geduld gezeigt. Der Münchner Bürger hat die Frist zugestanden und der Entwicklung sechs, sieben Monate zugeschaut. Es gab genug Möglichkeiten, sich wissenschaftlich mit dem Thema zu befassen und es aufzuarbeiten, selbst wenn nicht alle Seiten gehört wurden. Es gibt also eine objektive Basis für eine solche Entscheidung.

Wir verlangen, auf eine gesetzliche Regelung auf Bundestageebene hinzuwirken. Die Exekutive regelt quasi alles nur noch per Verordnung. Die Gesamtsituation in Deutschland wird seit sieben Monaten mit drei Sätzen in § 28 des Infektionsschutzgesetzes geregelt. Drei kleine Sätzchen! Für ein Parkverbot in München werden ungefähr 20 Absätze in einem Gesetz benötigt.

Es kann nicht sein, dass wir über Monate hinweg derart schwere Eingriffe in Grundrechte hinnehmen müssen - ohne eine detaillierte Regelung, die dem Bürger sagt, was er zu tun und zu lassen hat. Er kann sich auf nichts einstellen, weil sich die Regelungen am Wochenende zwei Mal ändern. Da kennt sich keiner mehr aus.

Deswegen ist es notwendig, dem Bürger eine detaillierte Grundlage an die Hand zu geben. Das geht nur, wenn der Staat seiner Pflicht nachkommt und sein Handeln demokratisch legitimiert. Deshalb halten wir es für absolut notwendig, eine Befristung auszusprechen, weil damit zu rechnen ist, dass der Bundestag zu Entscheidungen kommt und neue Regelungen getroffen werden.

Wir halten eine unbefristete Ermächtigung für rechtswidrig. Sollten Sie das beschließen, wird sich die Rechtsaufsichtsbehörde damit beschäftigen müssen. Es gibt diverse Aufsätze von Juristen, darunter der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier und Prof. Dr. Uwe Volkmann von der Universität Frankfurt. Sie sagen, die Regelungsdichte sei zu niedrig, und man müsse jetzt den Bundestag ranlassen.

Liebe Herrschaften von den Grünen und der Linken, die Zustimmung sollte Ihnen leicht fallen. Katja Kipping, die Parteivorsitzende von DIE LINKE., hat gesagt, eine epidemiologische Not dürfe nicht zu einem Notstand der Demokratie werden. Der Grünen-Chef Robert Habeck hat gesagt, der

Kampf gegen die Pandemie müsse verstärkt im Bundestag und Bundesrat verhandelt werden. Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, hat gesagt, es werde alles schon zu lange hinter verschlossenen Türen geregelt. Und Claudia Roth hat gesagt, das Prinzip der Gewaltenteilung sei im Begriff, in eine Schieflage zu geraten.

Sie können sich auch an Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble orientieren. Er hat den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags beauftragt, eine Stellungnahme zu dem Thema abzugeben. Darin wurde festgestellt, dass Maßnahmen gegen die Pandemie befristet und Rechtsverordnungen der Regierung unter einen Zustimmungsvorbehalt des Bundestags gestellt werden sollen.

Ich darf Sie also um etwas Geduld bitten. Wir würden unseren Änderungsantrag zurückziehen, wenn andere ihn übernehmen. Wir bitten, die Beschlüsse bis Ende Januar zu befristen. Vielen Dank!

Der Änderungsantrag der AfD wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Neubau Hauptbahnhof München

Fahrradparken - Sachstand/weiteres Vorgehen

Aktensammlung Seite 539

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass erstmals am Hauptbahnhof ein angemessen großer Parkraum für Fahrräder zur Verfügung gestellt werden soll. Aus diesem Grund stimmen wir der Gesamtvorlage zu, sind aber mit einigen Punkten der Gestaltung nicht ganz so glücklich.

Es ist wichtig, die Parkgarage im zweiten Untergeschoss benutzerfreundlich und hell zu gestalten, damit es keine Hinderungsgründe gibt, das Fahrrad dort abzustellen. Auch der Weg von der Straße zum Lift sollte leicht zugänglich sein.

In unserem Änderungsantrag fordern wir eine benutzerfreundliche Gestaltung der Garage. Außerdem soll der Oberbürgermeister über den Deutschen Städtetag an den Bund herantreten und eine Regelung für das Fahrradparken im öffentlichen Raum anstoßen. In den Niederlanden ist zu sehen, wie gut Fahrradparkgaragen angenommen werden. In Deutschland ist dies nicht der Fall. Das liegt vor allem an den fehlenden Regelungen für das Fahrradparken im öffentlichen Raum. Jeder stellt sein Fahrrad ab, wie und wo er will. Die Räder stehen oft im Weg und dürfen in der Regel nicht entfernt werden, es sei denn, sie sind beschädigt. Die Akzeptanz von Fahrradgaragen würde deutlich steigen, wenn es eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene gäbe.

Ebenso enttäuschend ist, dass die Deutsche Bahn AG nicht die Kosten der Fahrradgarage trägt und die Finanzierung stattdessen auf die Stadt abwälzt. Die Bahn wirbt bei ihren Kunden dafür, das Bahn- und Radfahren zu kombinieren. Deshalb sollte die Stadt nochmals mit der Deutschen Bahn AG verhandeln, ob sie nicht zumindest einen Teil der Kosten für die Fahrradgarage übernimmt.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Änderungsantrag unterstützen. Danke! - (Beifall der CSU)

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Dank an das Planungsreferat beginnen. Es war nicht ganz einfach, dieses komplexe und wichtige Thema aufzubereiten. Die verschiedenen Standorte und die Planung sind sehr gut dargestellt.

Vor 20 Jahren stand im Mehrjahresinvestitionsprogramm bereits eine Fahrradservicestation am Hauptbahnhof. So lange beschäftigt uns schon die Frage, wann der Hauptbahnhof ein vernünftiges Fahrradparkhaus bekommt. Durch die Diskussion um den Neubau des Hauptbahnhofs wurde die Planung immer wieder verschoben. Jetzt gibt es eine Perspektive mit mehreren Standorten. Ich finde diese dezentrale Herangehensweise richtig, weil die Nutzer*innen das nächstgelegene Fahrradparkhaus über kurze Wege erreichen sollen.

Wenn ich nur an einem Tag mit der Bahn unterwegs bin, fahre ich morgens mit dem Rad zum Bahnhof und abends damit nach Hause. Ich stelle es ungern über Nacht dort ab. Das wird sich hoffentlich ändern, wenn es die Parkhäuser gibt. Das Rad ist ein sehr zuverlässiges Verkehrsmittel. Wenn ich den Bus nehme, weiß ich nicht, ob er im Stau steckenbleibt. Bei der Fahrt mit dem Fahrrad kann ich meist sehr genau berechnen, wie lange ich brauche und bin pünktlich zur Abfahrt des Zuges am Bahnhof. Deswegen ist die Kombination Fahrrad und Bahn sehr gut.

Für die Nordseite und den Vorplatz des Hauptbahnhofs wurden sehr gute Lösungen gefunden. Für Radler, die aus dem Süden kommen, müsste vielleicht noch etwas gesucht werden, aber für sie ist der Vorplatz auch gut zu erreichen.

Die Deutsche Bahn AG und das Umweltbundesamt haben gemeinsam ein Programm aufgelegt, um bis zum nächsten Jahr 100 000 Radabstellplätze zu schaffen. Vielleicht sieht die Bahn doch noch ein, dass auch die Radfahrer ihre Kunden sind. Bislang kümmern wir uns um die Parkmöglichkeiten, aber vielleicht bessert sich noch etwas. Deswegen gehen wir mit dieser Beschlussvorlage mit.

Allerdings haben diese 700 Abstellplätze einen stolzen Preis und müssen auch noch gemietet werden. Pro Stellplatz wären das 25 € im Monat. Vielleicht wäre ich bereit, so viel zu bezahlen. Aber bis dahin geht noch einige Zeit ins Land, und eventuell bessert die Bahn nochmals nach.

Ich möchte auf die Änderungsanträge eingehen: Der Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTEI sieht Stellplätze in einem Parkhaus vor, das ca. 400 m vom Hauptbahnhof entfernt ist. Der Eingang

am Starnberger Flügelbahnhof mag noch gut zu erreichen sein, aber zur Südseite ist es ganz schön weit. Ich habe nichts dagegen, in dieser Parkgarage Fahrradstellplätze anzumieten. Die Evaluierung wird zeigen, ob tatsächlich Bedarf für Bahnreisende besteht. Deswegen lehnen wir diesen Änderungsantrag ab.

Den ersten Punkt des CSU-Änderungsantrags zur hellen, benutzerfreundlichen Gestaltung des Fahrradparkhauses finde ich sehr sinnvoll. Die Forderung des zweiten Punktes, das Fahrradparken über den Städtetag zu regeln, gab es bereits vor 15 Jahren. Damals wurde alles eingehend diskutiert. Das Fahrradparken könnte auch im Rahmen eines Bebauungsplans geregelt werden. Es ist ein kompliziertes Verfahren, aber mit Bürgerbeteiligung. Ich habe Bedenken, wenn eine bundesweite Regelung gefordert wird. München ist eine einigermaßen fahrradfreundliche Stadt, aber es gibt auch Kommunen, denen das völlig egal ist und die das Parken nur verbieten wollen, ohne Alternativen anzubieten. Freiburg hat seine Regelungen zum Fahrradparken in der Fußgängerzone über ein Bebauungsplanverfahren getroffen. Es gibt bereits bundesweite Regelungen: So dürfen alle Fahrräder, die Fußgänger oder die Feuerwehr behindern, entfernt werden. Deswegen würden wir den zweiten Punkt im CSU-Änderungsantrag ablehnen.

Nun komme ich zu unserem Änderungsantrag: Wir bitten die Stadtwerke München GmbH, ihre Werkstätten am Hauptbahnhof für das Fahrradparken zur Verfügung zu stellen. Damit würden wir dem Planungsreferat den Rücken für Verhandlungen mit den Stadtwerken stärken. Diese Werkstätten für die Wartung von Rolltreppen und Liften in den U-Bahnstationen können nicht ersatzlos umgewidmet werden. Deshalb müssten Alternativ-Standorte gefunden werden - am besten, wo sich zwei U-Bahnlinien kreuzen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Roth:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Beschlussvorlage hat Licht und Schatten. Deswegen bitten wir um punktweise Abstimmung. Die Abstellplätze im Radparkhaus an der Arnulfstraße und die Nutzung der Unterführung unter der Arnulfstraße werden wir mittragen.

Zur Tiefgarage unter dem Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs gibt es einiges zu sagen: Erstens ist sie viel zu teuer und deshalb schon aus finanziellen Gründen verzichtbar. Wir reden über 17.000 € Bruttokosten pro Stellplatz. Sie räumen in der Vorlage ein, dass diese Kosten nach geltenden rechtlichen Vorschriften nur teilweise bezuschussbar seien und die Finanzierung nicht gesichert sei. Weiter schreiben Sie, es gäbe noch 100 Mio. € aus Radplatz- und anderen

Stellplatzablösen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Diese 100 Mio. € sollten sinnvoller ausgegeben werden - für Radwege und andere Radprojekte statt für diese teure Tiefgarage.

Außer den Kosten gibt es ein weiteres Hauptargument gegen diese Tiefgarage: Sie ist nicht benutzerfreundlich und wird nicht angenommen werden. Dort sind zwei Aufzüge mit jeweils vier Fahrradstellplätzen vorgesehen. Wenn pro Ab- und Auffahrt des Aufzugs drei Minuten berechnet werden, sind das 20 Fahrten mit insgesamt 80 Rädern pro Stunde. Bei zwei Aufzügen wären es 160 Räder. Ein Zweite-Klasse-Wagen der Deutschen Bahn hat über 80 Plätze. Also ließen sich pro Stunde maximal zwei Wagen mit Personen füllen, die mit dem Rad zum Bahnhof kommen. Allerdings fahren allein im Fernverkehr mindestens vier Züge mit jeweils mindestens acht Wagen pro Stunde. Anhand dieser Zahlen sehen Sie schon, dass die Kapazitäten der Aufzüge nicht ausreichen. Wir möchten keine langen Warteschlangen vor der Fahrradtiefgarage, die wegen dieser Fehlkonzeption nicht genutzt und angenommen werden wird. Interessanterweise lehnen Sie in der Beschlussvorlage Aufzüge im Radparkhaus an der Arnulfstraße aus Kapazitätsgründen ab:

„In einer ersten Gegenüberstellung der Varianten wurde die Erschließung des Fahrradparkhauses über eine Rampe (potenzielle Stellplatzkapazität bis zu ca. 1 600 Stellplätze) aus technischer und ökonomischer Betrachtung der Variante mit Erschließung über Aufzüge (potenzielle Stellplatzkapazität ca. 1 300 Stellplätze) vorgezogen.“

Deshalb lehnen wir diese teure Luxus-Fahrradtiefgarage ab.

Ich möchte einen weiteren Aspekt in die Diskussion einbringen: Sie wollen in den kommenden zehn Jahren mehr Radstellplätze schaffen. In der Vorlage wird jedoch nur das ehemalige Postbank-Karree erwähnt, wo in absehbarer Zeit - also in etwa drei oder vier Jahren - zusätzliche Radstellplätze entstehen sollen. Sie wollen mit den dortigen Investoren sprechen, ob noch mehr Stellflächen möglich sind. Dort schauen Sie über den Tellerrand südlich der Bayerstraße hinaus. Das finde ich gut. Die 700 Parkplätze in der Luxustiefgarage kommen erst 2029/2030. Uns geht es darum, möglichst zeitnah zusätzliche Radabstellplätze am Hauptbahnhof zu bekommen. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt.

Herr Bickelbacher, ich muss Ihnen widersprechen: Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass das von uns vorgeschlagene Parkhaus für Radabstellplätze drei Minuten zu Fuß vom Hauptbahnhof entfernt ist. Ich gestehe Ihnen aber fünf oder sechs Minuten Gehzeit zu. 400 Meter Distanz mögen richtig sein, aber es gibt auch einen direkten Weg zum Hauptbahnhof-Nordeingang.

Die Stadt ist knapp bei Kasse. Das betont nicht nur der Kämmerer. Für die Tiefgarage versenken wir über 12 Mio. € in der Erde und wissen bereits, dass das kapazitätsmäßig kaum einen Effekt haben wird. Deshalb werben wir für unseren Änderungsantrag, im benachbarten Parkhaus testweise Stellflächen anzumieten. Die teure Luxustiefgarage lehnen wir ab. Vielen Dank! - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich dem Dank für die Vorlage an. Sie gibt einen guten Überblick, was am Hauptbahnhof möglich und nicht möglich ist.

Allerdings kann ich die Freude über die Tiefgarage mit 700 Radstellplätzen überhaupt nicht teilen. Sie ist ein schlagendes Beispiel für die Fehlentwicklungen im Bahnkonzern. Die Deutsche Bahn AG fühlt sich als Mobilitätsunternehmen nicht dafür zuständig, dass ihre zur Arbeit pendelnden Kunden einen vernünftigen Fahrradparkplatz auf dem Gelände vorfinden. Sie sieht sich als Immobilienvermarkter mit Höchstpreisvorstellungen und einer guten Gleisanbindung, die zufällig auch noch vorhanden ist. Das sollten wir - bei aller Liebe für Fahrradparkplätze - nicht unterstützen. Da kann ich dem Kollegen Roth von der FDP nur zustimmen.

Wir sprechen von Investitionskosten, die das Baureferat auf 12,2 Mio. € brutto hinuntergerechnet hat. Die Deutsche Bahn AG sagt, mit Teuerungs- und Risikozuschlägen könnten es bis zu 19,2 Mio. € netto, also ungefähr 23 Mio. € brutto werden. Wir müssen uns heute schon zu einer Zahlung verpflichten - egal, welche Rechnungen uns die Bahn dann stellen wird. Herr Kollege Bickelbacher, nach den bisherigen Erfahrungen mit der Deutsche Bahn AG halte ich es für aussichtslos nachzuverhandeln, wenn die Stadt diese Verpflichtung unterschrieben hat.

Selbst bei einer niedrigen Schätzung bezahlen wir pro Fahrradstellplatz ungefähr 17.000 € Herstellungskosten - und dann gehören sie der Stadt nicht einmal. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Anschließend verlangt die Deutsche Bahn AG ein Nutzungsgeld für die Fahrradabstellung von 80.000 € netto pro Jahr und zusätzlich 131.000 € wegen des dauerhaften Mietausfalls aufgrund verdrängter Nutzungen. Diese Summen werden sich bis zur Fertigstellung im Jahr 2029 sicher erhöhen. Wir bezahlen also Jahr für Jahr mindestens 211.000 €. Wenn die Stadt diese Kosten auf mögliche Nutzerinnen und Nutzer umlegen wollte, müsste sie 25 -30 € pro Stellplatz nehmen. Wenn die Bahn ihre mobilitätspolitische Verantwortung nicht wahrnimmt, dann sollten die Fahrräder wie bisher oberirdisch abgestellt werden. Das geht auch.

Wenn es der Deutschen Bahn AG nichts wert ist, dass ihre Kundinnen und Kunden Zug- und Fahrradfahrten vernünftig kombinieren, sollten wir für sie nicht in die Bütt springen - jedenfalls nicht für dieses Geld.

Wir sollten eher schauen, mit der Stadtwerke München GmbH zu Potte zu kommen, die offensichtlich vernünftiger unterwegs ist. Kein Wunder, es handelt sich um ein städtisches Unternehmen.

Ich bitte um gesonderte Abstimmung: Die Ziffern 2 bis 5 im Antrag der Referentin werden wir ablehnen. Beim Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTEI frage ich mich, ob der Betreiber des Parkhauses an der Hirtenstraße überhaupt bereit wäre, Fahrradabstellflächen zu schaffen. Der Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt zum Fahrradparken ist in Ordnung. Im CSU-Änderungsantrag werden wir den zweiten Punkt ablehnen. Das zweite Untergeschoss hell und freundlich zu gestalten, versteht sich eigentlich von selbst. Mit modernen Lichtsystemen lässt sich viel erreichen. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind froh über die Errichtung von Fahrradabstellanlagen am wichtigen Verkehrsknotenpunkt Hauptbahnhof, verfallen aber nicht in Jubelstürme. Im internationalen Vergleich ist das nach wie vor Mittelmaß. Dänische und niederländische Städte haben wesentlich größere und komfortablere Fahrradabstellanlagen in Bahnhofsnähe.

Wir tragen den CSU-Änderungsantrag gerne mit. Die Forderungen sind sinnvoll, aber teilweise selbstverständlich. Dem Änderungsantrag der FDP - BAYERNPARTEI schließen wir uns nicht an, weil er zu sehr aus der Perspektive von Autofahrern gedacht ist. Autofahrer, die einen Parkplatz suchen, fahren schon mal ins Parkhaus und laufen dann drei, vier Minuten. Radfahrer ticken anders. Sie stellen ihr Fahrrad unmittelbar vor dem Ziel ab - vor allem, wenn sie befürchten müssen, den Zug zu verpassen, weil das nächstgelegene Fahrradparkhaus voll ist. Die Berechnungen des Kollegen Roth zu den Aufzügen kann ich nicht nachvollziehen. Die Tiefgarage wird sich morgens in den zweieinhalb Stunden des Berufsverkehrs füllen und abends leeren. Die Kapazität reicht meiner Meinung nach aus.

Brigitte, Du hast schön in Worte gefasst, dass die Deutsche Bahn AG kaum ihrer Verantwortung nachkommt und sich weniger als Mobilitätskonzern, sondern als Immobilienvermarkter versteht. Das gilt nicht nur für die Bahn, sondern ebenso für die Unternehmen, die sich in ihrem Besitz

befinden oder die ihre ehemaligen Grundstücke verwerten. Aber eines musst Du wissen: Die Deutsche Bahn AG und ihre Unternehmen finden stets einen zuverlässigen Partner und das ist die Landeshauptstadt München. Wir haben die Planungshoheit, wenn es sich nicht um reine Bahnverkehrsanlagen handelt, für die das Eisenbahnbundesamt zuständig ist. Und wir ermöglichen es der Bahn und ihren Unternehmen, ihre Grundstücke bestmöglich zu verwerten. Auch am Hauptbahnhof wurde sehr viel Baurecht geschaffen. Dort entsteht ein hochwertiger Konsumtempel an einem zentralen Standort der Stadt.

Wenn wir uns über den sehr kleinen Spielraum der Fahrradabstellplatzsatzung beklagen, müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen. Als die Deutschen Bahn AG noch etwas von uns wollte, um ihre Grundstücke bestmöglich zu verwerten, hätten wir härter auftreten müssen. Diese Fehler sind bereits geschehen. Ich will Dir überhaupt nicht widersprechen, aber es genügt nicht, nur auf die Bahn zu zeigen. Wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkommt, sollten wenigstens wir dies tun. Danke schön! - (Beifall von ÖDP/FW)

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten die Anregung von Herrn Bickelbacher aufgreifen und unseren Änderungsantrag anpassen. Für das Gebiet um den Hauptbahnhof soll ein eigener Bebauungsplan erstellt werden, der das Fahrradparken in diesem Bereich regelt. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Forderung im CSU-Änderungsantrag, die Tiefgarage gut zu gestalten, spricht uns allen aus der Seele. Die Anregung von Herrn Bickelbacher wurde in den Gremien bereits ausführlich diskutiert. Ich würde den Wunsch nach einem Bebauungsplan gerne als Prüfauftrag mitnehmen, weil ich momentan nicht genau einschätzen kann, was das für das Areal bedeuten würde.

Zum Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt: Wir verhandeln mit der Stadtwerke München GmbH über Alternativstandorte für die Werkstätten und die Optimierung der Flächen im Untergrund. Vielleicht lässt sich beides kombinieren. Dabei würde uns der Änderungsantrag sicher unterstützen, falls er beschlossen wird.

Zum Änderungsantrag von FPD - BAYERNPARTei: Wir müssten zunächst prüfen, ob dieses Parkhaus zur Verfügung steht und ob sich die Zufahrten für den Zweck eignen. Autos und Fahrräder können nicht gleichzeitig auf einer Rampe fahren.

In der Beschlussvorlage haben wir bereits dargelegt, welche schwierige Übung wir vor uns haben. Ihre Redebeiträge haben dies bestätigt. Es handelt sich nicht nur um einen oberirdischen Bahnhof, sondern um ein kompliziertes Ingenieurbauwerk mit sehr vielen Etagen als Brückenkonstruktionen. Da wird es schwierig, überall superbequem in die unteren Bereiche zu kommen. Wir glauben, mit Rampen und leistungsfähigen Aufzügen gute Vorschläge für den größeren Teil des Bahnhofs gemacht zu haben.

Wir finden auch schlimm, dass sich die Deutsche Bahn AG immer nach der Clint-Eastwood-Methode verhält: Wir reiten in die Stadt und schauen, was passiert. Danke! - (Heiterkeit)

Bfm. StRin Frank:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir einige Hinweise zum Änderungsantrag der FDP - BAYERNPARTei, die relevant sein könnten.

Es handelt sich um ein städtisches Parkhaus auf einem Grundstück im Eigentum der Landeshauptstadt München. Im Rahmen einer Dienstleistungskonzession ist es seit 2015 an die Bavaria Parkgaragen GmbH vermietet. Diese Konzession ist noch bis Ende 2024 in Kraft. Das Mietverhältnis umfasst derzeit 750 Stellplätze. Das Parkhaus ist aufgrund der Corona-Situation momentan nicht ausgelastet, ansonsten sehr.

Wenn Sie an der Intention des Änderungsantrags festhalten möchten, müsste der Vertrag ab 2024 angepasst werden. Bis dahin ließe sich eine Nutzungsänderung wohl nur im Einvernehmen mit dem jetzigen Dienstleistungsnehmer ermöglichen. Bei der Neuvergabe einer Dienstleistungskonzession könnte eine entsprechende Möglichkeit vorgesehen werden, falls der Stadtrat dies möchte. Die Frage, ob dies fachlich sinnvoll ist, entzieht sich meiner Kompetenz als Immobilienmanagerin. Deswegen darf ich auf die Anregung der Stadtbaurätin verweisen, zunächst einen Prüfauftrag zu formulieren.

Der Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTei wird
in folgender Fassung **einstimmig beschlossen**:

„Ziffer 5 neu: Das Mobilitätsreferat wird beauftragt zu prüfen, ob im Parkhaus an der Marsstraße (Hirtenstraße 14, 80335 München) im Einvernehmen mit dem Betreiber zwei Etagen angemietet werden können, um hier zunächst für ein Jahr Fahrradparkplätze zu realisieren. Im Anschluss soll diese Maßnahme evaluiert und gegebenenfalls weitergeführt werden.“

Der Änderungsantrag der CSU wird in folgender Fassung zur Abstimmung gestellt:

„Ziffer 6 neu:

- Bei der Gestaltung der B + R-Anlage im zweiten Untergeschoss des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofs ist insbesondere darauf zu achten, dass diese einen hellen und freundlichen sowie sicheren Eindruck vermittelt und leicht zu reinigen und instand zu halten ist, ‚Schmuddelecken‘ sind zu vermeiden. Eine intuitive und offensichtliche Ausschilderung ist zu entwickeln und eine leichte Benutzbarkeit zu gewährleisten.*
- Die Landeshauptstadt München prüft, ob ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden soll, damit das Fahrradparken im öffentlichen Raum klar geregelt und widerrechtlich abgestellte Fahrräder von der Kommune entfernt und nach einer gewissen Aufbewahrungsfrist entsorgt bzw. versteigert werden können.“*

Der erste Spiegelstrich des CSU-Änderungsantrags wird gegen die Stimmen von StRin Burneleit und StR Lechner **beschlossen**.

Der zweite Spiegelstrich wird gegen die Stimmen von StRin Burneleit, StR Lechner und StRin Wolf **beschlossen**.

Der Änderungs-/Ergänzungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt wird **einstimmig beschlossen**.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der FDP - BAYERNPARTEI und der AfD, die Ziffern 2 bis 4 und 6 gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

**Bestätigung des Kommandanten und der Stellvertreter der Kommandanten
der Freiwilligen Feuerwehr München durch die Landeshauptstadt München
gem. Art. 8 Abs. 2 bis 5 BayFwG**

Aktensammlung Seite 543

StR Luther:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Claudius, lieber Florian, lieber Michael, hoffentlich seid Ihr per Livestream dabei. Es ist eine seltene Ehre, als Verwaltungsbeirat der Branddirektion, als Stadtrat und als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr München zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen zu dürfen - und das noch vor der Mittagspause!

- (Heiterkeit)

Als Erstes danke ich dem Kreisverwaltungsreferat für die Ausarbeitung der Vorlage. Besonders bedanke ich mich bei der Berufsfeuerwehr München, namentlich bei Matthias Keller, für die sehr gute Durchführung der Wahl in Corona-Zeiten. Das war ein Mörderakt, aber es gab keine Probleme. Die Verantwortlichen haben sich viele Gedanken gemacht. Herzlichen Dank dafür! Ich danke den Gewählten, dass sie sich für diese Ämter zur Verfügung stellen.

Claudius Blank ist als Kommandant eine hervorragende Wahl. Als Stadtbrandrat ist er für das Personalmanagement zuständig. Damit hat er Erfahrung, weil er von den Stadtwerken kommt. Florian Klein kommt von der Flughafenfeuerwehr, er ist als Stadtbrandinspektor für das Fachliche zuständig. Michael Schmid kennt der eine oder andere bereits. Er ist für die politische Ebene verantwortlich und profitiert dabei von seiner Tätigkeit als Honorarkonsul. Das ist ein hervorragendes Dreigestirn.

Ich werde nicht müde, den Dreien zu danken. Ihr Amt erlaubt es ihnen nicht, zu Hause die Füße hochzulegen. Das Geschäft bei der Feuerwehr München ist ein bisschen aufwendiger. Danke, dass Sie dafür Ihre Zeit hergeben.

Beim Dank soll auch der scheidende Kommandant nicht fehlen. Lieber Rupert Saller, lieber Rupi, ich danke Dir im Namen der gesamten Stadt, des Stadtrats und der Stadtführung für 18 Jahre vollen Einsatz für unsere Landeshauptstadt München. Unermüdlich hast Du vieles vorangebracht. Wir erinnern uns gerne an die 150-Jahr-Feier, die Du wesentlich geprägt hast. Vielen Dank, dass Du

den Generationswechsel aktiv mitgestaltet. Deswegen werbe ich für Zustimmung zur Beschlussvorlage. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Vorländer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich im Namen der SPD/Volt-Fraktion ganz herzlich bei Rupert Saller für sein langjähriges, großartiges Engagement bedanken. Lieber Rupert, vielen Dank für alles, was Du für die Gefahrenabwehr und Sicherheit in München getan hast, wie auch die gesamte Freiwillige Feuerwehr einen großartigen Beitrag leistet. 2002 waren 743 Aktive in der Freiwilligen Feuerwehr, jetzt sind es 942 Aktive, die gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr unser München sicher machen und vor vielen Gefahren bewahren. - (Beifall von SPD/Volt)

Ich gratuliere der neuen Führung, dem Kommandanten Claudius Blank und seinen Stellvertretern Florian Klein und Michael Schmid ganz herzlich. Wir freuen uns auf eine gute und intensive Zusammenarbeit. Vielen Dank! - (Beifall von SPD/Volt)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte im Namen der ÖDP/FW-Fraktion dem bisherigen Kommandanten Herrn Saller ganz herzlich für sein langjähriges Engagement danken. Anknüpfend an den Kollegen Vorländer möchte ich auf eine weitere Zahl hinweisen: In diesen Zeiten, in denen das Ehrenamt einen sehr schweren Stand hat, hat nicht nur die Zahl der Freiwilligen zugenommen. Während Rupert Sallers Amtszeit ist die Zahl der Alarmierungen um über 50 % gestiegen. Das zeigt, wie notwendig diese Institution ist.

Ich möchte noch etwas Persönliches einfließen lassen. Ehrenamt bedeutet immer Engagement. Es ist häufig besser als bei Personen, die mit solchen Tätigkeiten ihr Geld verdienen. Dabei geht es um Leidenschaft. Ich habe sie persönlich wahrgenommen, als einige Familien in Freimann wegen einer Bombenräumung evakuiert wurden. Da habe ich bei den Leuten von der Freiwilligen Feuerwehr dieses Herzblut gespürt. Alles hat perfekt funktioniert, weil sie mit der Örtlichkeit vertraut waren, weil sie das gerne gemacht haben und weil sie herzliche und nette Leute sind. Dafür herzlichen Dank!

Ich freue mich, dass wir eine gute Wahl getroffen haben, und wünsche Ihnen als Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr ein glückliches Händchen für die nächsten Jahre. Danke schön! - (Beifall von ÖDP/FW)

StRin Lux:

Selbstverständlich bestätigt auch die grün-rosa Fraktion sehr gerne die Wahl der Freiwilligen Feuerwehr. Unser besonderer Dank gilt Rupert Saller, der 18 Jahre lang als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr tätig war.

Herr Saller hatte etwas sehr Wichtiges im Blick, das ich dem neuen Kommandantenteam gerne mitgeben möchte: die Förderung von Frauen in den Reihen der Freiwilligen Feuerwehr. Unter seiner Führung hat sich der Frauenanteil mehr als verdoppelt. Wir hoffen, diesen Weg wird die Freiwillige Feuerwehr weitergehen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Rupert Saller hat es geschafft, junge Leute und insbesondere junge Frauen für ein dauerhaftes ehrenamtliches Engagement zu gewinnen - und das in einer Zeit, in der es sehr schwierig ist, Menschen dauerhaft für ein Ehrenamt zu begeistern. Dazu müssen sie langwierige Ausbildungen durchlaufen und können nicht einfach sagen: Ach, das machen wir für ein halbes Jahr und sind dann wieder raus. So ist es ihm gelungen, dass die Freiwillige Feuerwehr gewachsen ist und sich dort junge Menschen einbringen.

Eine wichtige Aufgabe der Freiwilligen Feuerwehr ist die Integration. Dort sind Menschen aus 16 verschiedenen Nationalitäten ehrenamtlich tätig, darunter sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist vorbildlich.

Die Inklusion lag Herrn Saller ebenfalls sehr am Herzen. Bei der Einweihung der Feuerwache 4 waren Gebärdensprachdolmetscher*innen dabei. Das sind Zeichen in dieser Gesellschaft. So ist es möglich, Menschen mit verschiedenen Hintergründen, Fähigkeiten und Geschichten einzubinden. Dafür sind wir Rupert Saller sehr dankbar! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Mancher mag denken: Wofür brauchen wir die Freiwillige Feuerwehr, es gibt doch die Berufsfeuerwehr? Aber diese beiden Teams ergänzen sich sehr gut und sind ein Erfolgsmodell. Als Beispiel für das große Engagement der Freiwilligen Feuerwehr in schwierigen Zeiten erinnere ich an das rechtsradikale Attentat am Olympiaeinkaufszentrum. Damals waren mehr als 400 freiwillige Feuerwehrleute im Einsatz. Sie haben sich eingebracht in einer Situation, die emotional und psychisch schwierig für alle war. Sie waren bei der Versorgung und Verpflegung von Einsatzkräften, in der Gefahrenabwehr, in der Einsatzleitung etc. tätig. Das sind nicht nur ein paar Ehrenamtliche,

sondern Leute, die einen wichtigen Job machen, wenn es darauf ankommt. Dafür sind wir sehr dankbar. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Herr Blank, Herr Klein und Herr Schmid werden jetzt dieses Boot übernehmen, und ich bin mir sicher, sie werden die Aufgabe gut stemmen. Wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute und freuen uns auf ein baldiges Treffen, sofern Corona dies zulässt. Dann können wir gemeinsam ausloten, was die Freiwillige Feuerwehr in München nach der von Herrn Saller geprägten, großen Zeit erwartet und was wir gemeinsam voranbringen können. Alles Gute! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

OB Reiter:

Im Namen der Stadtspitze möchte ich Dir, lieber Rupert Saller, herzlichen Dank für die jahrelange Arbeit sagen, die Du mit Deinen Kolleginnen und Kollegen für diese Stadt geleistet hast.

Dem Nachfolgertrio wünsche ich viel Glück und Erfolg. Es wird eine Herausforderung, die von Rupert Saller gestalteten, legendären Jahresempfänge zu toppen. In diesem Sinne alles Gute und vielen Dank für die tolle Arbeit! - (Anhaltender Beifall)

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

- Die Sitzung wird von 13.40 bis 14:45 Uhr unterbrochen. -

Übernachtungsschutz - Unterstützung für Obdachlose

Aktensammlung Seite 545

StR Schreyer:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Juli haben wir den ganztägigen Übernachtungsschutz verlängert. Hätten wir bessere Haushaltszeiten, würden wir ihn weiter fortsetzen. Aber wir sind in einer ganz schwierigen Haushaltslage. Wir müssen in sämtlichen sozialen Bereichen auf Ausweitungen verzichten. Bei manchen Projekten und Maßnahmen stehen wir am Rand der Existenzsicherung. Eine Summe von 2 bis 3 Mio. € jährlich zusätzlich zu den 4 Mio. €, die uns der Übernachtungsschutz heute schon kostet, macht da einen Unterschied.

Diesen Umständen entspringt diese Beschlussvorlage, für die ich mich ausdrücklich bedanke. Sie greift viele unserer Anregungen auf. Unsere Fraktion hat den Übernachtungsschutz besucht und Verbesserungen nicht nur für die 20 bis 40 Menschen, die sich untertags dort aufhalten, angeregt, sondern auch für die anderen 300 bis 400 Nutzer - Arbeitsmigranten und Obdachlose, die keine SGB-Leistungen bekommen. Mit den Tagesaufenthalten wie dem D3, der Teestube KOMM, den Beratungscafés und nun zusätzlich noch der Korbiniansküche, die im Hauptbahnhof in der ehemaligen internationalen Apotheke eingerichtet werden soll, gibt es jetzt wirklich gute Alternativen.

Unsere Anregung, die Kühlschränke vor Ort zu belassen und den Benutzern zu ermöglichen, ihre Sachen mit Namen und Datum auch mehrere Tage einzulagern, steht leider noch nicht in der Beschlussvorlage. Sehr wichtig ist uns die frühere Öffnung um 16 statt um 17 Uhr. Das ist in die Vorlage aufgenommen worden. Gerade in Corona-Zeiten ist auch sehr wichtig, dass die Betten mindestens für den Einweisungszeitraum von einer Woche vergeben werden. So wissen die Nutzer des Übernachtungsschutzes, sie können immer wieder mit den gleichen Kollegen im gleichen Zimmer schlafen. Das mindert auch die Risiken der Pandemie.

Familien werden in der regulären Wohnungslosenhilfe untergebracht. Diese Regelung wollen wir auch für Frauen. Das hatten wir im Juli eigentlich schon beschlossen. Der Haken ist, dass momentan die Plätze sehr knapp sind. Deshalb haben wir „nach Maßgabe der Unterbringungsmöglichkeiten“ geschrieben. Ich hoffe, die Situation wird sich bald entspannen. Dann betrifft die Schließung nur die alleinstehenden Männer. Für sie gibt es untertags sieben bis acht alternative Möglichkeiten des Tagesaufenthalts.

Deshalb stellen wir diesen Änderungsantrag. Er betrifft zum einen die Frauen. Zum anderen sind wir der Meinung, bei einem Lockdown muss der Übernachtungsschutz wieder ganztags angeboten werden. Auch die Nutzer des Ganztagschutzes verbringen nicht den ganzen Tag in der Bayernkaserne. Sie gehen jetzt tagsüber in die Stadt und werden das auch weiterhin tun. Ein erneuter Lockdown ändert die Situation. In diesem Fall halten wir für notwendig, den Ganztagschutz wieder einzuführen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Lechner:

Verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin relativ fassungslos! Ich darf an meinen allerersten Redebeitrag im Mai, als wir alle neu im Stadtrat waren, erinnern. Damals habe ich darauf hingewiesen, dass wir als Stadtrat mehr als andere eine besondere Verantwortung haben. Schon da war ersichtlich, wir laufen einer wachsenden Krise entgegen. Genau das ist passiert. Wir spüren die ersten Auswirkungen der sozialen und der Finanzkrise, die ihre Talsohle mit Sicherheit noch nicht erreicht hat.

Aus der heutigen Diskussion über Corona ging hervor, dass wir nicht genau wissen, wo die Reise hingeht. Angesichts der Statistiken und der Lage in anderen Ländern müssen wir aber befürchten, möglicherweise schon in zwei, drei Wochen wieder eine Lockdown-Situation zu haben. Ich hoffe nicht, aber das ist eine realistische Option. Insofern gleich vorweg, Kollege Schreyer: Der Versuch, ihren Änderungsantrag auf einen Lockdown zu beziehen, ist nur Makulatur. Wo liegt der Sinn darin, den Übernachtungsschutz in einer Woche zuzumachen, um ihn dann in zwei Wochen wieder zu öffnen?

Bei der Verlegung bestimmter Personen gehört schon noch dazu, die Betroffenen zu fragen, ob sie das überhaupt wollen. Außerdem haben Sie es selbst angesprochen: Durch die Raumlage ist das alles nicht so einfach, wie Sie es gerade dargestellt haben. Von den Vorlagen in den verschiedenen Ausschüssen zu Geflüchteten- und Obdachlosenunterkünften und freistehenden Räumen, die für Quarantäne vorgehalten werden, gingen unterschiedliche Signale aus. In manchen Vorlagen steht, der Platz sei furchtbar knapp, in anderen, das sei alles locker zu schaffen. In dieser wird wieder festgestellt, es sei zu eng. Was stimmt denn nun? Eine transparente Entscheidungsgrundlage sieht anders aus.

Ich möchte noch einmal auf meinen Beitrag im Mai zurückkommen: Unsere besondere Verantwortung ist es, eine eigentlich sehr gut aufgestellte Stadt mit einem eigentlich sehr guten Sozialsystem

auch genau so durch eine Krise zu bringen. Wenn wir jetzt als Allererstes bei den Ärmsten, bei den Schutzbedürftigsten, bei denen, die quasi auf der Straße leben, anfangen zu kürzen, frage ich mich, ob wir unserer sozialen Verantwortung gerecht werden und ob nicht andere Interessen dahinterstehen.

In der Vorlage steht ein klarer, übrigens schon etwas älterer Satz: *„Eine weitere Verlängerung ist ... weder sozialpolitisch angezeigt noch wirtschaftlich vertretbar.“* Über die Wirtschaftlichkeit sprechen wir gleich noch. „Sozialpolitisch“ kann man zerlegen in sozial und politisch. Sozial vertretbar ist es natürlich, aber politisch ist es nicht gewollt! Das wird auch deutlich, wenn man sich die Geschichte des Übernachtungsschutzes ansieht. Schon 2014 gab es eine Stellungnahme - ich hatte sie extra mitgebracht, habe sie aber bei den vielen Papieren, die ich dabei habe, vermutlich am Platz liegen lassen - in der genau das Gleiche steht.

Auch den Satz: *„Es ist anzustreben, die betroffenen Personen in die regulären Kanäle zu bringen“*, hören wir oft. Ich bin völlig bei Ihnen. Genau das habe auch ich schon zig-mal gesagt. Aber diese regulären Kanäle sind wenige und werden weniger. Die Krise hat mehrere Effekte. Menschen verlieren ihre Wohnungen. Nach meinen Informationen hatten vor Corona 9 000 Menschen einen Wohnungsbedarf der höchsten Dringlichkeitsstufe 1. Diese Zahl ist während Corona auf 13 000 Menschen gestiegen. Ich sehe nicht, dass wir ausreichend bauen, um das auffangen zu können. So schnell geht das auch nicht. Da ist also irgendwo der Wurm drin. Irgendetwas stimmt da nicht.

Ich finde diese Vorlage, gelinde gesagt, sehr problematisch. Darin werden einer ganzen Gruppe, die so divers ist wie jede andere Personengruppe, übereinstimmende Merkmale zugeschrieben. Hier wird plötzlich der Eindruck vermittelt, es handle sich um einen gewalttätigen Mob, der in der Gegend „herumriniere“ und die Nachbarschaft belästige. Das finde ich ein Unding! Ich hätte gern Belege dafür.

Damit komme ich zu meinen ersten Fragen zu diesem Thema: Ich wüsste gern, wie oft es seit dem Sommer tatsächlich zu massiven Störungen gekommen ist. Außerdem wüsste ich gern, wie diese abgelaufen sind. Waren während dieser Störungen z. B. Sozialarbeiter*innen vor Ort? Haben diese versucht, die Konflikte zu beheben? Oder war das Aufgabe der Security? Wie Security mit Konflikten umgeht, kennen wir von anderen Stellen. Das ist ihnen oft nicht vorzuwerfen. Das sind sehr einfache, nicht besonders gut bezahlte Jobs. Nur wenige Security-Firmen-Angestellte sind in Deeskalationsmaßnahmen in dem entsprechenden Umfeld geschult. Das heißt, da wird schnell einmal mit starker Hand durchgegriffen. Dem kann man so aber nicht nachgehen. Ich empfinde das

hier gezeichnete Bild als mindestens paternalistisch. Vor allem finde ich aber nicht in Ordnung, so etwas ohne Beleg in einer Vorlage zu lesen.

Sehen wir uns doch einmal an, was genau gelaufen ist. Es wurde beschlossen, den Übernachtungsschutz über den Sommer zu verlängern. Dabei wurde auch beschlossen, Aufenthaltsräume zu schaffen und die Frauen zu verlegen. Das alles ist nicht passiert. Es sind keine Aufenthaltsräume geschaffen worden. Außerdem wird konstatiert, die Frauen dort wegzubekommen, sei nicht so einfach gewesen. Bestimmte Probleme des Gebäudes und dieser Unterkunft wurden also schon erkannt und benannt.

Wo soziale Arbeit geleistet wird, würde ich normalerweise erwarten, dass bei Konflikten sofort reagiert und gesteuert wird. Das heißt, jemand setzt sich mit den Betroffenen hin und betreibt Ursachenforschung, wo die Konflikte herkommen. Natürlich gibt es dort die eine oder andere problematische Person. Aber ganz ehrlich: Die gibt es im Stadtrat auch und trotzdem schließen wir nicht die Sitzungen und sperren uns alle aus. Das kann nicht die Antwort auf einzelne Vorfälle sein.

Heute haben wir einen relativ schönen Herbsttag, aber der Winter kommt. Dann wird es schweinekalt. Die Corona-Zahlen steigen rapide an. Was für ein fatales Signal senden wir, wenn wir jetzt genau diese Menschen auf die Walz schicken?

Ich habe gar nichts gegen die Zusatzangebote. Sie sind gut und nötig, weil auch die Zahl der Bedürftigen steigt. Wir haben während des Lockdowns und auch danach an diversen Stellen mit Lebensmittelausgaben gearbeitet, auch an neuen Standorten. Es gab auch ganz tolle neue Projekte, z. B. „Das Westend tafelt“, wo binnen kürzester Zeit die Zahl der Nutzer*innen massiv in die Höhe geschneit ist. Als verantwortungsbewusste Stadträtinnen und Stadträte müssen wir genau diese Signale lesen und erkennen. Der Bruch ist da. Ein Teil unserer Gesellschaft geht uns verloren. Wir müssen uns kümmern und Lösungen stricken. Natürlich ist ein ganztägiger Übernachtungsschutz keine dauerhafte Lösung.

Ich höre auch von mehreren Seiten, das Gebäude sei nicht wirklich gut geeignet. Da kommt der nächste Punkt, den ich nicht okay finde: Das Evangelische Hilfswerk als Betreiber wird zitiert, das Angebot selbst auch beenden zu wollen. Nach meinen Informationen müsste die korrekte Aussage lauten, der Betreiber wolle den Übernachtungsschutz an dieser Stelle beenden, weil das Objekt ungeeignet sei. Das macht einen Unterschied, den wir uns genauer anschauen sollten.

Bis zu dem Termin ist der Übernachtungsschutz drei oder vier Monate gelaufen. In dieser Zeit hätte man die Nutzer*innen einmal fragen können, wie es ihnen geht. Letzten Donnerstag war das Thema im Sozialausschuss. Als ich für die Nutzer*innen, die vor Ort waren, Rederecht beantragt habe, bekam ich um die Ohren: Wo kämen wir denn da hin? Vielleicht kämen wir zu mehr Demokratie, zu mehr Partizipation und dazu, Betroffene anzuhören, statt über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse zu fällen. Das wäre mein Wunsch für diesen Bereich.

Abhängig von der Herkunft der Menschen dort kommt immer das Argument: Wir sind nicht zuständig. Tut mir leid, die EU, in der wir leben, produziert genau die Mechanismen, durch die Billiglohnarbeiter und Tagelöhner hergeschleust werden. Die dramatischen Auswirkungen haben wir alle im Fall Tönnies erlebt. Diese Menschen sind jetzt hier gestrandet, können teilweise de facto nicht zurück, weil sie nicht mehr in ihre Heimat einreisen dürfen, und bekommen hier teilweise keine Jobs mehr. Das können wir nicht einfach abschütteln und sagen: Das geht uns nichts an. Wir sind auch EU. Wir sind auch Teil dieser Politik und wir sind eine Kommune, die sich als sozial versteht und für die Menschen, die hier - warum auch immer und wie lange auch immer - leben, Verantwortung zu übernehmen hat.

Auch die Argumentation mit den Kosten empfinde ich als Heuchelei. Wenn hier auf die Schnelle in Bezug auf die Ärmsten nicht überprüfbare Zahlen von 2 bis 3 Mio. € in den Raum geworfen werden, erinnere ich daran: Wir haben im Juli über 8 Mio. € für ein Champions-League-Finale freigegeben! Nur weil die Bundesregierung bei TUI und Lufthansa und sonst wo den Geldhahn aufdreht und an anderen Stellen nicht, müssen wir in der Stadt nicht das Gleiche tun. Wenn wir Angst haben, das Geld nicht wieder reinzubekommen, müssen wir bereits jetzt auf Bundesebene anfangen, dafür zu sorgen, auch nächstes Jahr Gewerbesteuer zu bekommen. Wir befinden uns in einer Krise und Notsituation. Unsere Aufgabe in den Kommunen ist es, soziale Verantwortung insbesondere für die Schwächsten und Ärmsten zu übernehmen.

Frau Schiwy, ich hatte Sie gebeten, die Mehrkosten vor der Sitzung schriftlich per E-Mail aufzuschlüsseln. Sie haben geantwortet, das stehe in der Beschlussvorlage. In der Beschlussvorlage steht aber nur: 180.000 € pro Monat. Nach meiner Kenntnis sind 140.000 € davon für 17 Security-Kräfte vorgesehen. Wenn ich von einer Belegung mit 200 bis 250 Menschen ausgehe, ist das ein Security-Betreuungsschlüssel von 1:11 oder 1:15. Das ist ein besserer Betreuungsschlüssel, als wir ihn in den Flexi-Heimen für wohnungslose Jugendliche ansetzen. Es kann doch nicht sein, dass wir ein Sicherheitssystem aufbauen, wo etwas ganz anderes benötigt würde.

Warum wurden bis jetzt keine Beratungen vor Ort angeboten? Warum wurden die Leute bis heute nicht dort abgeholt? Ein junger Mann, der dort lebt, hat mir erzählt, er sei dort noch nie von einem Sozialarbeiter oder einer Sozialarbeiterin angesprochen worden. Vielleicht ist das auch alles von der Raumsituation her zu schwierig.

In unserem Änderungsantrag bitten wir deshalb zunächst einmal darum, den ganztägigen Übernachtungsschutz nicht gerade jetzt zu schließen. Natürlich brauchen wir eine andere und bessere Lösung. Die andere Lösung muss, wie der jetzige Betreiber feststellt, ein anderes Gebäude sein. Man könnte versuchen, mit ihm gemeinsam ein besser geeignetes Gebäude zu finden. Aber bis das passiert ist, muss der bisherige Betrieb weiterlaufen. Vielleicht hat der Träger auch nicht so großen „Bock“ darauf oder ist aus irgendwelchen Gründen überfordert. Auch das ist okay und soll gar kein Vorwurf sein. Dann müssten wir uns nach einem anderen Träger umsehen.

Des Weiteren geht es darum, umzusetzen, was im Juli beschlossen wurde: mehr Räume zu schaffen und die weiblichen Nutzerinnen in eine andere Unterkunft zu verlegen. An dieser Stelle muss ich unseren eigenen Antrag korrigieren. Da ist versehentlich ein Teilsatz raus gefallen. Die weiblichen Nutzerinnen werden in eine andere Unterkunft verlegt, wenn sie das wollen. Es gibt da auch Paare und andere Beziehungen. Man darf Menschen nicht wie Gepäckstücke behandeln und hin- und herschieben, wie man es für richtig hält. Man muss sie einbeziehen.

Mich hat der Satz schockiert, wo wir hinkämen, wenn wir Betroffene anhörten. Wenn sie schon da sind, könnten wir uns wirklich zehn Minuten Zeit nehmen, um sie zu Wort kommen zu lassen. Ich habe hier eine Stellungnahme der Betroffenen:

*„Seit März dieses Jahres hat sich einiges im Übernachtungsschutz gebessert, vor allem, weil die Räumlichkeiten nun auch tagsüber geöffnet bleiben und wir uns mit selbst gewählten Zimmerkolleg*innen dauerhaft in einem Raum aufhalten können. So können wir uns besser gegen die Pandemie schützen.“*

Obwohl die COVID-19-Fallzahlen seit einigen Wochen wieder massiv steigen und die Wetterbedingungen rauer werden, wurden wir nun informiert, dass die Räumlichkeiten ab November tagsüber nicht mehr geöffnet sein werden. Diese Neuigkeiten machen uns große Angst, weil unsere schwierigen Lebensumstände dadurch noch schlimmer werden. Der Winter kommt und immer mehr Menschen stecken sich mit Corona an.

Der Übernachtungsschutz und Tagesaufenthalt ermöglicht uns:

*Wir können den ganzen Tag ein Zimmer nutzen. Das Zimmer teilen wir mit nur wenigen Personen, mit denen wir uns arrangieren und uns gegenseitig unterstützen können. Wir können unsere Sachen dort aufbewahren. Wir sind nicht gezwungen, uns mit vielen Menschen gemeinsam in einem Raum oder auf der Straße aufzuhalten. Wir können auch Schichtarbeit nachgehen. Wir können uns tagsüber ausruhen. Das ist vor allem für Alte, Kranke und Schichtarbeiter*innen wichtig. Wir können unseren Tagesablauf selbst bestimmen. Das alles ermöglicht uns, uns auch vor dem Virus zu schützen. Eine Beendigung des Tagesaufenthalts würde das Risiko, sich anzustecken, vergrößern.*

Bitte, verlängert den Tagesaufenthalt in der Bayernkaserne. Wie könnt Ihr ihn nur gerade jetzt, zu Anfang des Winters und bei steigender Gefahr durch COVID-19 schließen?“

Das ist eine Frage auf Ehre und Gewissen für jede einzelne Kollegin und jeden einzelnen Kollegen unter Ihnen. Ich bitte Sie, die Fraktionszwangsjacke auszuziehen und mit sich selbst im Reinen zu sein bei dem, was Sie jetzt beschließen. Ich finde, es darf nicht die Schließung des Übernachtungsschutzes sein. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mag zu dem eben Gesagten gar nicht viel erwidern. Es war zum Teil hanebüchener Unsinn. Selten habe ich über 20 Minuten ein solches Konglomerat an Halbwahrheiten, Nichtwissen, Behauptungen und Unterstellungen gehört. Dazu fällt einem höchstens noch ein, Sie, Kollege Lechner, dazu aufzufordern, sich schriftlich bei den Kolleginnen und Kollegen des Evangelischen Hilfswerks zu entschuldigen. Sie haben diese in einer Art und Weise diffamiert, wie ich es Kolleginnen und Kollegen gegenüber selten gehört habe. - (Vereinzelt Beifall) - Ich kann nur sagen: Tun Sie das schleunigst! Sich in dieser Art denjenigen gegenüber zu äußern, die sich tagtäglich dort einsetzen, finde ich völlig unerträglich. Zumindest für meine Fraktion weise ich das in aller Form zurück. So kann man nicht miteinander umgehen.

Auch wenn andere das anders sehen: Die Landeshauptstadt München und wesentliche Teile dieses Rates haben sich für die Wohnungslosen dieser Stadt immer in der Verantwortung gesehen. Der Kälteschutz ist eine bundesweit und auch darüber hinaus einmalige Einrichtung. Es gibt sie, weil wir von vornherein gesagt haben, in München darf und soll niemand auf der Straße leben müssen. Dass es manche Menschen doch tun, ist ihre Entscheidung - wenn auch eine oft nicht ganz freiwillige, weil es sich vielfach um Menschen mit psychischer Erkrankung handelt. Aber wir

wollen weiterhin verhindern, dass Menschen gerade in der jetzt herannahenden Winterzeit draußen leben müssen.

Ich möchte mich besonders und in hohem Maße bei den Kolleginnen und Kollegen des Evangelischen Hilfswerks bedanken, die diesen Kälteschutz seit vielen Jahren mit sehr viel Engagement betreiben. Sie weisen immer wieder darauf hin, was nötig ist, wie man mit den dort wohnenden Menschen umzugehen hat und welche Bedürfnisse sie haben. Sie setzen sich auch in hohem Maße für deren persönliche Themen ein. Ich weiß, wie viel Kompetenz und Engagement diese Kolleginnen und Kollegen mitbringen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, das Evangelische Hilfswerk ist seit vielen Jahren der richtige Träger und wird es auch weiterhin sein.

Ich möchte noch zwei Themen ansprechen, die Kollege Schreyer nicht erwähnt hat. Immer wieder wird kolportiert, es sei dort nicht möglich, die persönliche Habe einzusperren. Allen dort Wohnenden stehen Spinde mit einem eigenen Schloss zur Verfügung, d. h. man kann sein Hab und Gut kostenfrei unterbringen, wenn nötig auch über mehrere Wochen. Außerdem haben die Kolleginnen und Kollegen des Evangelischen Hilfswerks mit viel Engagement und zum Teil im Alleingang den Nutzern zwar nicht über den Kälteschutz, aber über eine andere Einrichtung ermöglicht, eine eigene Meldeadresse zu bekommen. Diese ist für viele existenzielle Belange nötig.

Die heutige Vorlage ist die Quintessenz aus den Erfahrungen des vergangenen Sommers. Es geht überhaupt nicht darum, Geld einzusparen. Das ist nicht der Fall. Es geht darum, Ausgaben in eine Relation zu setzen. In den Sommermonaten hat sich herausgestellt, auch diese Menschen müssen - wie wir alle - dazu angehalten werden, Angebote wahrzunehmen, tagsüber nicht nur im Bett zu liegen, im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung zu kommen. Sie alle können kostenfrei den MVV benutzen. Auch das ist eine Leistung der Landeshauptstadt München. Die Menschen müssen Beratung annehmen, um zu erkennen, dass ihre Situation veränderbar ist. So können sie den Weg in das originäre Wohnungslosenhilfesystem der Landeshauptstadt München finden und damit gegebenenfalls auch einen dauerhaften Aufenthalt in München und eine dauerhafte Beschäftigung. Das ist nicht selten ohnehin schon der Fall.

Auf dem Gelände der Bayernkaserne haben zuletzt nur noch sehr wenige Menschen gekocht. Dafür sind die jetzt angesetzten Ausgaben einfach nicht angemessen. Angesichts der Pandemiesituation ist es auch nicht einfach, sich den ganzen Tag in Gruppen in Zimmern aufzuhalten, weil das natürlich ggf. entsprechende Infektionsweitergaben zur Folge hat. Deshalb ist es sinnvoll, die Menschen tagsüber in andere Einrichtungen zu schicken.

In diesem Zusammenhang geht mein Dank auch an den Caritas-Verband. Dieser hat relativ schnell in einer aufgelassenen Örtlichkeit am Hauptbahnhof einen weiteren Zugangspunkt geschaffen, der ein Defizit auffängt, nämlich die Versorgung der Menschen mit Essen und zum Teil auch mit hygienischen Angeboten. Die Lücke ist entstanden, weil Sankt Bonifaz momentan nicht so funktioniert wie in den letzten Jahren.

Ich möchte mich auch ganz deutlich bei allen denjenigen im Sozialreferat bedanken, die sich mit hoher Fachkompetenz und hohem Engagement dafür einsetzen, alle Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, mit einem zu versorgen. Sie setzen sich dafür ein, Angebote zu schaffen, die allen Menschen in diesen schwierigen Zeiten offenstehen. Mit Augenmaß wird Rücksicht auf die unterschiedlichen Zielgruppen und die Bedürfnisse der einzelnen Menschen genommen. So wollen wir das auch künftig halten.

Das Wachpersonal in der Bayernkaserne ist mitnichten von martialischen Auftritten geprägt. Ich möchte gar keine Werbung für Anbieter von Sicherheitsleistungen machen. Aber dort haben wir in all den Jahren gesehen, auch Security kann mit sehr viel Augenmaß umgesetzt werden, sodass dort vor allem geordnete Verhältnisse herrschen und niemand diskriminiert wird. Es wird auch auf niemanden Druck ausgeübt und niemandem wird mit martialischer Geste entgegengetreten. Damit wird man den Beschäftigten nicht gerecht.

Wir werden der Vorlage des Sozialreferats unter Berücksichtigung unseres von Kollegen Schreyer vorgestellten Änderungsantrags zustimmen. Natürlich werden wir uns weiter damit auseinandersetzen, wie der Übernachtungsschutz weiterentwickelt werden kann. Es gibt jetzt schon Baupläne ganz in der Nähe an der Lotte-Branz-Straße. Dort wird ein neues Gebäude errichtet werden, wenn das in der Bayernkaserne nicht mehr zur Verfügung steht. Das wird den Bedarfen und Bedürfnissen auch besser entsprechen, allein weil die Zimmer nur noch maximal vier Betten haben werden. Jetzt sind es bis zu zehn. Damit sind wir bei der Entwicklung dieser Thematik insgesamt auf einem guten Weg.

Es lässt sich nicht leugnen, dass wir in Bezug auf die Bedürfnisse aller Menschen in dieser Stadt noch auf keinem so guten Weg sind. Es gibt immer noch Notlagen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Aber wir tun das humanitär und mit Augenmaß. Und wir tun es so, dass in München alle Menschen auch in einer Notsituation menschenwürdig behandelt werden. Deshalb noch

einmal mein Dank an alle Beteiligten. Vielen Dank. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Gaßmann:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich natürlich auch für die ausgesprochen gute Arbeit vor Ort aussprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Dienste. Ich möchte mich dafür bedanken, dass den Menschen dort ein humanitäres Unterkommen ermöglicht wird.

Wir halten den Ganztagsübernachtungsschutz an dieser Stelle allerdings auch für notwendig, denn der Winter steht vor der Tür. Heute haben wir noch einmal einen schönen Tag erwischt, aber irgendwann demnächst werden die Tage nicht mehr so schön. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Sie haben mir berichtet, die Aussicht, nicht mehr dort bleiben zu können, erfülle sie durchaus mit Angst. Sie empfinden das tatsächlich so, wie Kollege Lechner es beschrieben hat. Ich muss mitnehmen, wie die Menschen das empfinden.

Sie haben auch Angst davor, sich wieder in Verkehrsmittel setzen und quer durch die ganze Stadt fahren zu müssen. Dabei setzen sie sich selbst einem Ansteckungsrisiko aus oder könnten das Virus weitertragen. Deshalb hätten sie gern gesagt: Lasst uns doch bitte da draußen. Wir fühlen uns dort durchaus wohl.

In Anbetracht des nahenden Winters befürworten auch wir, den Ganztagsübernachtungsschutz noch einmal zu verlängern. Im Frühjahr können wir gerne noch einmal darüber reden. Vielleicht sind dann auch die Zahlen besser. Es sind so viele Menschen in dieser Stadt, der „Weltstadt mit Herz“ unterwegs. Wir sagen, wir kümmern uns um alle, die auf der Straße oder in anderen schwierigen Situationen sind. Bei der Münchner Tafel und vielen anderen Organisationen wird viel getan. Dafür bedanken wir uns, Kollege Müller hat es schon gesagt. In diesem Sinne könnten wir uns durchaus vorstellen, den Übernachtungsschutz in den Frühling zu verlängern.

Auch ich bitte darum, ein bisschen darüber nachzudenken, was man selbst für richtig hält, und sich auch einmal ins Gespräch mit den Menschen zu begeben. Die alternativen Angebote sind gut. Ich kenne sie, man kann sie annehmen. Viele Personen tun das auch. Aber viele haben auch gesagt: Ich brauche die Angebote nicht, ich will sie gar nicht wahrnehmen. Ich will dafür gar nicht quer durch die Stadt fahren, weil ich sie einfach nicht brauche. Deshalb möchte auch ich fragen:

Können wir den Ganztagsübernachtungsschutz nicht bis zum Frühjahr verlängern? Danke! - (Beifall von CSU und DIE LINKE./Die PARTEI)

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Ich möchte noch zwei, drei Worte von Seiten der Verwaltung sagen, auch zu den Anträgen, die heute gestellt wurden.

Zuallererst noch einmal zum Thema Übernachtungsschutz insgesamt. Herr Müller hat es in vielerlei Hinsicht schon angesprochen: Wir können wirklich stolz darauf sein, uns diesen Übernachtungsschutz zu leisten. Er ist europaweit in dieser Form einmalig. Das hat natürlich damit zu tun, dass der Rat dieser Stadt und die Stadtverwaltung es für richtig halten, auch den Menschen, die aus gesetzlicher Sicht keine Ansprüche auf Unterkunft haben, und denjenigen, die zwar Ansprüche hätten, diese aber nicht wahrnehmen wollen, Hilfestellung zu leisten.

Aber letztendlich leben die Angebote, die Frau Gaßmann angesprochen hat, davon, die Betroffenen dabei zu unterstützen, in ein sich selbst tragendes Leben zurückzufinden. In unserer Innenstadt haben wir dafür zentral sehr gute Angebote, die auch von der Laufkundschaft der Betroffenen leben. Ein großer Punkt bei unserem Vorschlag, den Tagesaufenthalt im Moment nicht fortzuführen, ist für uns der Aspekt, gute und sehr ausgefeilte Angebote in der Innenstadt zu haben, die die Betroffenen niederschwellig beraten wollen. Diesen bleibt auch die Kundschaft weg, wenn wir die Menschen draußen in der Bayernkaserne quasi wirklich kasernieren.

Darüber hinaus bin ich dankbar für den heutigen Änderungsantrag von Grün-Rot. Auch wir betrachten die Situation der Pandemie natürlich mit großer Sorge und halten es für richtig, den Tagesaufenthalt wieder aufzumachen, falls die Ausbrüche so zunehmen, dass die innerstädtischen Angebote in der Form nicht fortgeführt werden können.

Herr Lechner, es ist richtig, die Situation vor Ort in den Räumlichkeiten ist nicht ideal. Wir sind auch froh, schon einen Stadtratsbeschluss und die Möglichkeiten zu haben, an der Lotte-Branz-Straße die Nachfolgeeinrichtung zu errichten. Dort können wir viele Dinge anders und besser machen.

Ihre Fragen, Herr Lechner, würde ich Ihnen gern schriftlich beantworten, weil wir dazu den Träger, das Evangelische Hilfswerk, befragen müssen. Seitens der Sozialverwaltung kann ich Ihnen die Fragen so nicht vollumfänglich beantworten. Ihre Fragen zu den Kosten werden wir ebenfalls in

diesem Rahmen beantworten und Ihnen die in der Vorlage aufgeführten 180.000 € dezidiert aufsplitten. Vielen Dank!

StR Lechner:

Ich muss noch einmal kurz nachfassen, weil diese Auskunft für den Beschluss, den wir heute fällen, nicht unerheblich ist. Dann müssten wir den Beschluss verschieben. Wenn meine Information stimmt, dass 140.000 € der 180.000 € Kosten für Security veranschlagt sind, sehe ich dort eine Möglichkeit, Alternativen zu finden. Das muss anders lösbar sein, zumal ich ohne Zahlen den Eindruck habe, die Security-Kräfte seien noch gar nicht im Einsatz. Vielmehr wird gesagt, wir können den Übernachtungsschutz nur mit diesen zusätzlichen Security-Kräften fortführen. In diesem Fall kann die Verlängerung aber nicht aus Kostengründen abgelehnt werden.

Die anderen Fragen wiederhole ich ganz kurz, damit sie klar sind: Wie viele Auseinandersetzungen gab es, bei denen Security-Kräfte eingesetzt werden mussten? Wie oft waren Sozialarbeiter eingebunden? Wie viele Menschen nutzen die Einrichtung derzeit?

Geht es nur mir so? Egal, was gesagt wurde, ich sehe hier einen totalen Widerspruch. Wir fordern die gesamte Stadtbevölkerung auf, wenn irgend möglich zu Hause zu bleiben, weil die Infektionszahlen steigen. Wir setzen ein Recht auf Homeoffice durch. Aber zu einer Personengruppe sagen wir: Das macht nichts, Ihr könnt gut zweimal am Tag durch die Stadt fahren. Das ist doch, verdammt noch mal, ein Widerspruch! - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

OB Reiter:

Ich darf die Referentin Frau Schiwy fragen, ob ich richtig verstanden habe: Sie übernehmen den Antrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt? - (Bfm. StRin Schiwy bejaht.)

Der beiliegende Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI wird ziffernweise wie folgt abgestimmt:

Ziffer 1 wird gegen die Stimmen von CSU, ÖDP/FW, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **abgelehnt**.

Ziffer 7 wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der durch die Übernahme des beiliegenden Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt modifizierte Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

1. Bericht Gleichstellung von Frauen und Männern Daten - Analysen - Handlungsbedarfe 2020

Aktensammlung Seite 549

StRin Burneleit:

Vielen Dank. Ich hoffe, man hört mich. Liebe Kolleg*innen! Ich möchte mich erst einmal bei allen, die diese über 200 Seiten lange Vorlage sowie diesen Bericht erstellt haben, bedanken. Er zeigt Probleme auf, die wir zum Teil bereits kannten und die man längst hätte beheben können. Vielleicht bekommen wir jetzt genügend Schwung und können für eine gute Gleichstellung in unserer Gesellschaft in München sorgen.

Gleichzeitig ist dieser Bericht leider ein Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems. Warum? Ich würde das gerne anhand eines kleinen Beispiels erklären, damit auch die konservativen Kräfte mitkommen. Ich nehme als Beispiel unser beliebtes bayerisches Bier. Wir Bayern kennen Bier als Bier. Wir unterscheiden vielleicht gerne einmal zwischen Weißbier und Hellem, aber das war es. Wir vergessen dabei, es gibt auch Pils, dunkles Weißbier, Doppelbock, Biermischgetränke, wie Bananenweizen, und sonstiges. Was hat jetzt aber Bier mit *„der Schaffung von Transparenz der Gleichstellung von Frauen und Männern in München“* zu tun?

Der Bericht der Fachstelle erwähnt in seinen über 200 Seiten leider nicht die 1 000 existierenden Biersorten, sondern berichtet nur von Hellem und Weißbier. Sie verstehen es vielleicht langsam oder können mir folgen. Dieser Bericht ist sehr binär strukturiert und berichtet ausschließlich von Frauen und Männern.

Gleichzeitig zeigt der Bericht auf, worin der eigene Fehler liegt. Er sagt auf Seite 12: Geschlecht ist eine Strukturkategorie, die *„die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend bestimmt“*. Zusätzlich beleuchtet dieser Bericht auch die intersektionale Perspektive, also den intersektionellen Feminismus, auf Seite 17 übrigens und das wäre meine Leseempfehlung für alle, die im Jahr 2020 vielleicht noch nicht wissen, was das ist oder für die mindestens vier anwesenden Personen, die dann immer „Gender-Gaga“ schreien.

Auf Seite 12 des Berichtes wird das Problem klar benannt:

„Unsere Gesellschaft geht immer noch von Zweigeschlechtlichkeit als Normalität aus und macht damit die Existenz von Menschen unsichtbar, deren Geschlecht sich jenseits der binären Ordnung befindet“.

Damit tut jetzt dieser Bericht leider genau das, wovor er warnt und zwar: Menschen werden in all ihren Identitäten auf diesen über 200 Seiten unsichtbar gemacht. Ich denke, das ist keine böse Absicht. Es wird auch darauf verwiesen, dass viele Statistiken fehlen, die sich auf Menschen, die nicht binär sind, auf Transfrauen und Transmänner, berufen.

Das ist für mich aber leider das Gleiche wie Texte, die im generischen Maskulinum geschrieben sind und den Satz enthalten: Alle Frauen sind mitgemeint. Das ist eine nette Absicht, aber mehr nicht. Das Fehlen der Daten von Transfrauen, Transmännern und nicht binären Menschen, an jeder Stelle in diesem Bericht sichtbar zu machen, wäre ein Sichtbarmachen der bestehenden verkrusteten binären, statistischen und gesamtgesellschaftlichen Strukturen. Es wäre zumindest ein deutliches Zeichen gewesen, dass die Landeshauptstadt München dieses Problem erkennt, sieht und benennt, so wie Sie das zum Beispiel in der LGBTIQ*-Stelle, die auch dem Direktorium zugeordnet ist, macht.

Ich möchte gerne in einer Stadt leben, in der alle fluiden und alle klar definierten Geschlechtsidentitäten gesehen werden, in der alle ihre Probleme auch erkannt werden und sie schnellstmöglich behoben werden.

Ich bitte also alle hier in der Verwaltung und auch im Stadtrat, künftig bei Erhebungen, Berichten, Beschlussvorlagen, Diskussionen ein Auge auf alle Menschen dieser Stadt zu werfen oder, wenn Daten oder Informationen dazu nicht vorliegen, es zumindest sichtbar zu machen. Wir sollten aufhören, in diesen binären Strukturen zu denken, weil Sie unsere Gesellschaft in dieser Stadt nicht abbilden. Wir haben in Deutschland einen ca. zweiprozentigen Anteil an Menschen, die nicht in das binäre Konstrukt passen. Diese Menschen will ich persönlich sehen. Das wünsche ich mir sehr.

Ich bitte Sie darum, das in der Zukunft zu beachten und bedanke mich oder wie man es hier auch sagen könnte: Prost! -(Beifall DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Wennatz:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen ausdrücklichen Dank an die Gleichstellungsstelle und an die Verfasserinnen dieses Berichtes richten. Ich denke, es ist ein Bericht, der Leuchtturmcharakter in Deutschland hat. Es gab vorher keinen Bericht in dieser Ausführlichkeit auf kommunaler Ebene. Wir haben hier eine Detailtiefe, die sonst nirgends zu finden ist.

Durch die Detailtiefe und Ausführlichkeit ist es ein Leuchtturmprojekt - der Kollege Beppo Brem nannte es Kompendium -, Bibel darf ich nicht mehr sagen, das man sich auf den Schreibtisch legen sollte. Das macht es zu einem Werk, das man als Stadträtin und Stadtrat bei seiner politischen Arbeit immer dabei haben sollte. Es zeigt Handlungsfelder, aber auch Handlungsoptionen auf und es zeigt auch sehr deutlich auf, wo wir als Städtinnen und Stadträte noch handeln müssen. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar.

Der Bericht zeigt deutlich auf, wo wir in der Gleichstellungsarbeit große Fortschritte erzielt haben. Er zeigt jedoch genauso deutlich auf, wo es immer noch Defizite gibt. Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Ich bin der Gleichstellungsstelle sehr dankbar, dass sie aktuelle Themen und sehr aktuelle Bedingungen in unserer Stadt aufgegriffen hat, nämlich die Lage während der Coronapandemie. Es tritt sehr deutlich zutage, in Zeiten einer Pandemie geht manches bereits Gewonnene wieder verloren, insbesondere bezogen auf die Rollenbilder, die Klischees und das tatsächliche Handeln gemäß der Klischees.

Im Zusammenhang mit Corona fällt immer wieder der Begriff Homeoffice. Das wird als eine große Möglichkeit dargestellt, sich an bestimmten Punkten dem Coronavirus zu widersetzen. Wenn man sich aber die Chancen des Homeoffice ansieht, muss man sich auch ansehen, wie es tatsächlich praktiziert wird. An dieser Stelle sehen wir tatsächlich einen Rollback. Allzu häufig prägt sich mittlerweile wieder das Bild des Mannes in der Familie ein, der in der Regel mit seinem neuen Notebook in der einzigen ruhigen Ecke in der Wohnung sitzt und seiner geregelten Arbeit während des Tages nachgehen kann.

Die Frau sitzt in der Waschküche, in der einen Hand das Kind und in der anderen Hand den Kochlöffel. In der Küche verweilt derweil das Notebook und wartet so lange, bis die Care-Arbeit erledigt ist. Die Frau kann sich dann abends um elf Uhr, wenn alles ruhig ist, endlich ihrer Erwerbstätigkeit widmen. Das ist nicht mein Bild einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist nicht mein Rollenbild, das wir von Frauen, die im Leben gleichberechtigt ihren Aufgaben nachkommen, haben

sollten. Ich bin sehr dankbar, dass das in diesem Bericht noch einmal so deutlich herausgearbeitet wurde. Gleichzeitig ist dieser Bericht ein Auftrag an uns, bei bestehenden Defiziten zu handeln und diese auszumerzen. Danke. - (Beifall SPD/Volt)

StRin Lüttig:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von uns, der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, noch einmal allerherzlichen Dank an die Gleichstellungsstelle, insbesondere an die weiterhin geduldig oben auf der Tribüne ausharrende Frau Dr. Uschi Sorg, die zwei Jahre an diesem massiven Werk gearbeitet hat. Vielen Dank. - (Allgemeiner Beifall) - Sie wissen, wenn wir andere Zeiten hätten, wäre etwa vor zwei Wochen eine gemeinsame Ausschusssitzung gewesen, um diesen Bericht vorzustellen und breit zu diskutieren. Das ist im großen Einvernehmen coronabedingt anders entschieden worden, um das Risiko für uns Stadträtinnen und Stadträte möglichst gering zu halten. Man wollte uns nicht einmal quer durch die Stadt schicken mit dem Risiko, dass das Thema Gleichstellungspolitik vielleicht doch nicht so viel Anklang findet.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die 2. Bürgermeisterin Katrin Habenschaden hat bereits am 6. Oktober anlässlich einer großen Pressekonferenz zusammen mit der Gleichstellungsstelle diesen Bericht vorgestellt. Sie hat dabei klar gemacht, das Thema geschlechtliche Vielfalt spielt für uns eine Rolle. Wir haben in der letzten Woche im Verwaltungs- und Personalausschuss eine sehr ausführliche Präsentation zu diesem Bericht bekommen und bereits sehr ausführlich diskutiert.

Dabei wurde klar: Es gibt unterschiedliche Gemengelagen. Liebe Marie, anknüpfend an deinen Redebeitrag ist festzustellen, es gibt soziologisch oder gesellschaftlich betrachtet zwei Strukturkategorien, die sehr binär sind: Mann und Frau. Auf diesen binären Kategorien basieren etliche Benachteiligungseffekte. Deshalb reden wir an vielen Stellen von einer Gleichstellungsstelle für Frauen oder von Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen.

Das bedeutet, statistisch gesehen basieren viele statistische Daten auf dieser Binarität. De facto ist es so: Egal, ob ich eine Transfrau oder eine Nicht-Transfrau bin, ich bin von den Effekten geschlechtlicher Ungleichheit betroffen. Deshalb haben diese Strukturkategorien auch heute noch im Jahr 2020 vielleicht nicht mehr ganz ihre Berechtigung, aber sie lassen sich darüber erklären.

Marie, Du hast auch darauf hingewiesen, es wurde in der Debatte im Verwaltungs- und Personalausschuss klar, der Bericht operiert mit Zahlen, die über einen längeren Zeitraum zusammengestellt worden sind. Wir haben diese Daten schlichtweg noch nicht in einer Ausführlichkeit, die wir

uns alle wünschen. Wir feiern eigentlich in diesem Monat einen 3. Jahrestag. Vor drei Jahren gab es das bahnbrechende Verfassungsgerichtsurteil zur Anerkennung des dritten positiven Geschlechtseintrags und des Eintrags „Kein Antrag“. Eigentlich haben wir vier Optionen. Wir arbeiten seither in der Landeshauptstadt München daran, diese vier Optionen oder Kategorien statistisch sichtbar zu machen.

Frau Dr. Sorg hat in ihrem Vortrag auf diesen Umstand hingewiesen und damit begründet, warum das Thema geschlechtliche Vielfalt in diesem 200-seitigen grundlegenden statistischen Werk, das uns viele Handlungsideen gibt, noch relativ selten auftaucht. Aber es taucht auf und zwar nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern - wie auch schon im VPA diskutiert, als Auftrag, den wir annehmen und mitnehmen.

Der nächste Bericht dieser Art wird 2026 auf dem Tisch liegen. Wir hoffen alle, dass bis dahin erweitertes statistisches Material vorliegt, das uns eine differenziertere Betrachtungsweise erlaubt, sodass wir nicht Gefahr laufen, gesellschaftlich vorhandene Herrschaftsverhältnisse, die dummerweise auf der Geschlechterbinarität basieren, gegen die Vielfalt der Geschlechter auszuspielen. Damit tun wir uns keinen Gefallen. Allen hier im Saal oder den meisten Anwesenden ist klar, wir müssen weiter denken. Im Großen und Ganzen sind wir aber auf einem guten Weg. Noch einmal vielen Dank. Ich denke, es gibt einiges zu tun. Danke schön. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Grimm:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ebenfalls im Namen der CSU-Fraktion für dieses große Werk an Daten und Zahlen bei Frau Dr. Sorg, Nicole Lassal und allen Damen, die in der Gleichstellungsstelle daran mitgearbeitet haben, ganz herzlich bedanken. Wir haben in der letzten Woche in der Verwaltungs- und Personalausschusssitzung, in der ich normalerweise kein Mitglied bin, die tolle Vorstellung des Berichtes gehabt. Ich habe dort bereits zu vielen Punkten Stellung genommen. Ich möchte, nachdem es jetzt erneut angesprochen wird, ein paar Dinge anmerken.

Es ist wahnsinnig wichtig, zuerst einmal Daten zu haben, um sie auswerten und gegeneinander darstellen zu können. Das haben wir in diesem Bericht gelernt. In vielen Bereichen fehlen uns Datensätze und Grundlagen, die wir auswerten können. Wie meine beiden Vorrednerinnen Micky Wengatz und Marion Lüttig gesagt haben, sind wir gespannt, was sich in den nächsten Jahren tun wird und was wir im neuen Gleichstellungsbericht im Jahr 2026 zu erwarten haben.

Der Gleichstellungsbericht hat uns sehr viele Handlungsfelder aufgezeigt. Dieser Teil ist sehr wichtigen, weil wir daran alle sehen, was wir verändern können. Einen Bereich möchte ich noch einmal nennen, weil wir es hier in der Hand haben, sehr schnell etwas zu verändern: Straßenbenennungen, Ehrungen und Preise. Wir als Stadträte vergeben sie und sitzen in den Jurys. Eine Veränderung haben wir sehr schnell in der Hand. Wir brauchen nicht bis zum Jahr 2026 warten. Das kann man bereits im nächsten Jahr angehen, wenn wir uns alle Gedanken dazu machen, welche Frauen wir für die Medaille "München leuchtet - Den Freundinnen und Freunden Münchens" oder als Ehrenbürgerinnen vorschlagen. Das ist ein sehr einfaches Handlungsfeld.

Ein weiteres Handlungsfeld hat mich sehr erschreckt: Die Gewalt an Frauen und Kindern. Die Beschreibung geht über fast 20 Seiten, von Seite 172 bis Seite 190. Dieser Bereich muss uns alle aufrütteln und erschrecken. - (Allgemeiner Beifall) - In diesem Feld sind wir alle aufgerufen, die Augen aufzumachen und möglichst schnell Strukturen zu schaffen, damit solche Dinge nicht mehr passieren. Wir in der Fraktion fanden die Aussage, dass Beschneidungen bei Frauen im vergangenen Jahr so zugenommen haben, besonders erschreckend. Wir können als Kommune durch Aufklärungsarbeit an Schulen und in den entsprechenden Bereichen etwas tun. Dieser Bericht macht uns auf jeden Fall deutlich, es gibt viele Handlungsfelder, an denen wir ganz schnell Dinge verändern müssen.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen. Es war für mich ein Highlight im letzten Jahr. Ich durfte mit nach Berlin fahren und den ersten „Gender Award - Kommune mit Zukunft 2019“ für die Stadt München entgegennehmen. Eigentlich war ich nicht vorgesehen, sondern meine damalige Vorsitzende der Gleichstellungskommission, Bettina Messinger. Sie konnte jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht reisen. Der Gender-Award ist eine schöne Auszeichnung. In diesem Sinne sollten wir weiter für die Gleichstellung für Männer und Frauen zusammenarbeiten. Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Bedürfnisse von jungen Menschen* in Krisenzeiten

Aktensammlung Seite 553

StR Lechner:

Es fällt mir gerade schwer, zur Sachlichkeit zurückzufinden. Mich hat ehrlich gesagt die Entscheidung zum vorletzten aufgerufenen Tagesordnungspunkt emotional mitgenommen. Ich versuche es trotzdem. So sehr ich die vorherige Vorlage kritisiert habe, ... ich habe es neulich bereits gesagt, finde ich diese Vorlage außerordentlich gut. Somit wird auch deutlich, ich kann sehr differenziert lesen. Die Vorlage ist wirklich gut erarbeitet.

Umso mehr wundert mich der in Ziffer 2 gezogener Rückschluss. Das war bereits in der Debatte in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses so. Daher begründet sich auch meinen Änderungsantrag darauf. In Ziffer 2 wird gefordert, eine Plattform für junge Menschen einzurichten. Wer junge Menschen kennt, weiß, wie sie sich sozial organisieren und wie sie unterwegs sind. Sie gehen mit Sicherheit nicht auf irgendeine Webseite, schon gar nicht auf eine, die von der Stadt eingerichtet wird.

Ich müsste wahnsinnig viel Geld zur Bewerbung in die Hand nehmen, um sie dahin zu bekommen, das vielleicht zu tun. Es ist jedoch nicht zeitgemäß. Ich halte es für wichtig, dass wir uns als Stadträtinnen und Stadträte unterschiedlichsten Alters mit den Gepflogenheiten von jungen Menschen auseinandersetzen. Fakt ist: Wenn sie in den sozialen Medien unterwegs sind, nutzen sie zu 80 bis 90 % Instagram, TikTok oder WhatsApp, manchmal auch Telegram. Sie besuchen keine Webseiten. Die digitale Kommunikation verändert sich sehr, sehr schnell. Ich stelle deswegen einen Änderungsantrag.

Frau Maffei hat im Ausschuss erklärt, man möchte bestehende Angebote, auch Hilfsangebote zum Beispiel für von Gewalt betroffene Jugendliche, bündeln. Ich finde es richtig und super, wenn man an dieser Stelle etwas tun möchte. Allerdings wird sich kein betroffener Jugendlicher auf einer Plattform oder einer Internetseite informieren, weil er nicht auf die Idee kommt, dort zu suchen. Meiner Meinung nach ist es sinnvoller, wenn wir zu diesem Zweck Geld in die Hand nehmen und es für eine Kampagne in genau diesen sozialen Medien ausgeben. Das kann man mit unseren Hilfsangeboten und Maßnahmen verknüpfen, die jetzt bei erneut steigenden Infektionszahlen so wichtig sind.

Frau Kollegin Gaßmann hat neulich in der Ausschusssitzung gesagt, es würden überall Zettel hängen. Die jungen Leute schauen sich die Zettel, die an jeder Ecke hängen, nicht an. Das funktioniert anders. Wir verstehen, dass es Ermüdungserscheinungen gibt. Im Sommer ist es relativ gut gelaufen, weil man viel draußen sein konnte. Die unsägliche Maskendiskussion, die wir eigentlich nicht bräuchten, hat natürlich auch.... Klar, junge Menschen... Ich verstehe, es ist wirklich schlimm. Wir merken es hier im Saal auch, wenn wir während der ganzen Sitzung die Maske tragen. Sie sitzen den ganzen Tag in der Schule mit Maske. Das führt zu einer Abnutzung und erst einmal zu Protest.

Gleichzeitig lerne ich sehr verantwortungsbewusste junge Menschen kennen, wenn man auf sie zugeht und ihnen etwas anbietet. Eine witzige und notwendige Kampagne, die mit den Betroffenen gemacht wird und für das Tragen von Masken und für die Maßnahmen, die wir jetzt brauchen, wirbt, bindet sie ein, holt sie ab und sorgt dafür, dass wir nicht nach der Corona-Pandemie eine Generation von Egoist*innen haben. Die Kampagne sorgt sogar dafür, dass sie selbst in der eigenen Generation Werbung für das Annehmen dieser Maßnahmen, die jetzt - da sind wir uns einig - sehr wichtig sind, machen.

Deswegen habe ich diesen Änderungsantrag gestellt. Ich würde mich freuen, wenn Sie zustimmen. Die Debatte im Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat gezeigt, auch die Trägerverbände, die an der Ausarbeitung dieses großartigen Papiers beteiligt waren, waren überrascht, dass plötzlich eine Online-Plattform genannt wurde. Das war in dieser Form nicht gemeinsam besprochen worden. Ich denke, wir haben gute Strukturen, um etwas Cooles für die jungen Leute an den Start zu bringen. Danke schön. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Gaßmann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst beim Sitzungsdienst bedanken. Die Mitarbeiter*innen wischen permanent, damit wir uns nicht anstecken. An dieser Stelle mein ganz herzliches Dankeschön. - (Allgemeiner Beifall) - Meine Dankesagung geht weiter. Ich kann Herrn Kollegen Lechner beipflichten, wir haben eine gute Vorlage bekommen. Sie beschreibt genau, was junge Menschen in dieser Krisenzeit mitmachen. Das hatten wir eigentlich schon vermutet. Daher mein ganz herzliches Dankeschön an das Sozialreferat. Das ist eine gute Arbeit.

Mein Vorschlag zum Änderungsantrag des Kollegen Lechner lautet: Kann man das vielleicht in die Vorlage einbauen? Er hat es richtig beschrieben. Ich habe selbst Kinder zu Hause. Ich habe ihnen

einmal das Kinderportal pomki.de gezeigt. Sie haben die Augenbrauen hochgezogen und gefragt: Was ist denn das? Erstens kannten sie es nicht. Zweitens ist es völlig aus der Mode gekommen und nicht mehr zeitgemäß. Da müsste man nachbessern. Wenn man sagt, wir bauen eine neue Plattform für die Jugend auf und diese dann in zehn Jahren genauso aussieht wie pomki.de jetzt, macht es keinen Sinn.

Die Idee, die Kollege Lechner aufgebracht hat, finde ich nicht schlecht. Junge Menschen benutzen andere Kommunikationswege, z. B. sind TikTok oder Instagram interessant. Warum sollte man nicht eine Kampagne in diese Richtung machen? Ich frage daher: Kann man das vielleicht in die Vorlage einbauen? Es bräuchte in diesem Fall keinen Änderungsantrag. Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

StRin Nitsche:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir freuen uns sehr über diese Beschlussvorlage und darüber, dass die Vertreter*innen der freien Träger und das Jugendamt gemeinsam evaluiert und reflektiert haben, wie die Pandemie bisher gelaufen ist. Es wurden Empfehlungen erarbeitet und aufgezeigt, welche Bedürfnisse Kinder und Jugendliche haben. Viele Punkte, die man bisher erahnen konnte, wurden eindrücklich zusammengefasst und dargestellt, zum Beispiel, dass sich die Bildungsungleichheit durch die pandemiebekämpfenden Maßnahmen noch einmal verschärft hat.

Wir finden es wichtig, zu betonen, dass jungen Menschen keine kleinen Erwachsenen sind und sie aufgrund der Corona-Maßnahmen in ihrem weiteren Lebensverlauf massiv beeinträchtigt werden können. Für uns mag es zum Beispiel unangenehm und frustrierend sein, unsere Familie und Freunde nicht sehen zu können. Für kleine Kinder und Jugendliche kann dies sogar entwicklungshemmend bis entwicklungsschädigend sein.

Neben der Analyse dieser Situation finden wir es sehr gut, dass vor allem sehr schlüssige und gute Empfehlungen erarbeitet wurden, wie die zweite Welle besser angegangen werden kann. So sollte zum Beispiel in Zukunft darauf geachtet werden, Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, weiterhin eine Person, ihren besten Freund oder ihre beste Freundin, sehen zu können. Dies war auch bei uns Erwachsenen der Fall.

Es ist natürlich gut, sich beim Freistaat Bayern für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzusetzen. Da wir als Stadt unmittelbar betroffen sind, sollten wir trotzdem sehen, was wir in

unserem eigenen Einflussbereich tun können. Wir sehen an den aktuellen Entscheidungen des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse (SAE), es wurde bereits viel gelernt. Herr Fuchs hat es heute morgen gesagt, es werden zum Beispiel keine ganzen Schulen mehr geschlossen, sondern nur noch einzelne Klassen. Wir finden es zudem sehr begrüßenswert, dass die Maskenpflicht in den Grundschulen „aufgeweicht“ wurde. - (Beifall Die Grünen - Rosa Liste) - Trotzdem müssen wir weiterhin wachsam sein und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auch bei steigenden Infektionszahlen weiterhin im Blick behalten.

Wir freuen uns, dass unser Änderungsantrag im Kinder- und Jugendhilfeausschuss angenommen wurde. Es wurde noch einmal sehr deutlich gemacht, wir werden weiterhin ein ganz besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen legen.

Ebenso wie Frau Gaßmann, würden wir dem Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI zustimmen, allerdings ohne Ziffer 2 der Beschlussvorlage zu ersetzen. Wir möchten Ziffer 2 beibehalten und die vorgeschlagene Änderung ergänzend einschieben. Den Wortlaut in Ziffer 2 hatten wir mit den freien Trägern abgesprochen und abgestimmt. Sie hatten im Ausschuss auch zugestimmt. Es wäre daher unserer Meinung nach nicht gut, Ziffer 2 einfach so zu ersetzen. Wir würden gerne die Formulierung des Änderungsantrages einschieben und die Nummerierung der folgenden Ziffern anpassen.

Außerdem würden wir gerne am Satzanfang einfügen:

„Gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt und den verschiedenen Trägern der Jugendhilfe, ...“

Wir möchten, dass das Referat für Gesundheit und Umwelt an der Erarbeitung dieser Social-Media-Kampagne beteiligt wird, da es sich mit der Pandemie beschäftigt. In dieser Form könnten wir zustimmen. Wir denken, wir können eine sehr gute Beschlussvorlage im Hinblick auf die Belange von Kindern und Jugendlichen beschließen. Vielen Dank. - (Beifall Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Odell:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir das Thema heute noch einmal aufgerufen haben, obwohl die Vorlage im Kinder- und Jugendhilfeausschuss bereits beschlossen wurde. Die Kinder und Jugendlichen haben es verdient, dass wir heute erneut in großer Runde über sie reden. Wir wissen alle, Kinder und Jugendliche waren eine der

Gruppen, die am Anfang der Krise, nicht nur in München, sondern in der gesamten Gesellschaft, hinten herunter gefallen sind. Sie sind zu kurz gekommen. Man hatte vor lauter Krise und Panik, keine Zeit darüber nachzudenken, was jedes einzelne Kind oder jeder einzelne Jugendliche braucht. Ich möchte fast sagen, verständlicherweise.

Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir uns eingestehen müssen, die Krise wird uns noch länger begleiten. Sie dauert nicht nur ein paar Monate, in denen wir hier schnell einen Brand gelöscht und da schnell ein kleines Problem gelöst haben. Wir müssen uns darauf einstellen, es geht erst einmal so weiter. Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion beim Sozialreferat für diese gute Vorlage. Ich finde es richtig und wichtig, herunterzubrechen, welche Bedürfnisse Kinder und Jugendliche in der Krise haben. Das zeigt uns letzten Endes auch, welche Bedürfnisse sie immer haben und welche Themen sie immer beschäftigen.

Zu den konkreten Anforderungen und welche Dinge wir jetzt besonders brauchen wurde schon viel gesagt. Die Kinder und Jugendlichen brauchen technische Ausstattung und sie brauchen die Möglichkeit, sich weiter zu treffen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, sie sollten sich konsumfrei und sicher treffen können und nicht nur in einem sozialpädagogisch begleiteten Rahmen. Man sollte ihnen Freiheit geben, in einem Rahmen, den man ihnen jetzt noch bieten kann. Das sind Hygienevorschriften erst einmal nicht: frei. Wir als Erwachsene sind in der Verantwortung, ihnen trotzdem Möglichkeiten zu bieten. Ich denke, wir haben Möglichkeiten.

Deswegen ist es auch wichtig, das Thema Partizipation zu nennen. Wir sollten darauf hören, was sich die Kinder und Jugendlichen in der jetzigen Situation wünschen. Ich denke, wir gehen sehr gut voran.

Das Thema Maskenpflicht zum Beispiel ist bereits angesprochen worden. Es wird sehr oft kritisiert, es gäbe ein großes Hin und Her bei diesen Beschränkungen und Auflagen. Ich möchte dieses Vorgehen nicht Hin und Her nennen, sondern Flexibilität. Ich finde es gut, dass wir reagieren und sagen: Mensch, wir haben jetzt in der Krise dazugelernt. Wir haben über diese Pandemie sowie das Virus einiges gelernt, daher ändern wir Dinge wieder und fahren nicht immer den gleichen Kurs.

Ich möchte allgemein dafür werben. Es betrifft nicht nur dieses Thema. Ich finde es gut, bin froh und dankbar im Namen der Kinder und Jugendlichen, dass wir schon des öfteren nachgesteuert haben. Wir ziehen jetzt auch im großen Rahmen noch einmal nach und sagen, was wir alles tun können, wollen und werden.

Bezüglich des Änderungsantrages schließe ich mich den Ausführungen der Kollegin Nitsche an. Wir sehen es genauso. Wenn man den Antrag ergänzt und im Wortlaut das Referat für Gesundheit und Umwelt hinzunimmt, finden wir das eine gute Sache. Vielen Dank. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann im Namen unserer Fraktion sagen, wir ändern unseren Änderungsantrag in einen Ergänzungsantrag. Ich sehe allerdings die Entwicklung einer eigenen IT-Plattform auch äußerst skeptisch. Ich denke nicht, dass diese von jungen Menschen bewusst wahrgenommen werden wird. Aber gut, das IT-Referat hat ja im Moment sonst wahrscheinlich wenig zu tun.

Ich habe mich noch aus einem anderen Grund gemeldet. Die Referentin legt mitnichten den beschlossenen Antrag des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vor. Darauf möchte ich hinweisen. Auf der ersten Seite sind unter Punkt 3 die Ergänzungen des Kinder- und Jugendhilfeausschusses erwähnt. Wenn man umblättert, fehlen dann aber diese Ergänzungen im Antrag der Referentin. Ich beantrage daher:

Ziffer 3 in der Fassung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses zu beschließen.

Es soll nicht der Antrag der Referentin, wie auf der Rückseite aufgeführt, zur Abstimmung gestellt werden. Ich denke, das wäre sonst vielleicht untergegangen an dieser Stelle. Danke.

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Liebe Frau Wolf, vielen Dank für den Hinweis. Das ist tatsächlich ein Fehler in der Druckversion. Wir haben diesen Punkt in jedem Fall inhaltlich übernommen. Das haben wir im Ausschuss genau so besprochen.

Ich werde die Vorschläge von DIE LINKE./Die PARTEI übernehmen. Ich bin aber auch für die Ergänzung „gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt“ dankbar, solange es noch besteht. Wir können für das Thema nicht die alleinige Verantwortung übernehmen. Im Prinzip ist die Aufklärung über Corona-Schutzmaßnahmen eine gesundheitliche Fragestellung. Wir werden im Rahmen unserer Bemühungen für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt IT-technisch etwas

auf die Beine zu stellen, das Thema gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt und der freien Trägerlandschaft bearbeiten. Vielen Dank.

OB Reiter:

Ich stelle zu Protokoll fest, dass die ursprüngliche im Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschlossene Fassung zur Abstimmung steht. Die Referentin hat den Ergänzungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI mit der Ergänzung „gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt“ übernommen.

Der geänderte Antrag der Referentin wird in der Fassung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 06.10.2020 **einstimmig beschlossen**.

Variantenvergleich - Truderinger Kurve und Truderinger Spange**Stadtratsantrag Nr. 358 von FDP - BAYERNPARTEI vom 13.08.2020****Stadtratsantrag Nr. 5462 von Die Grünen - Rosa Liste und DIE LINKE. vom 04.06.2019****Stadtratsantrag Nr. 529 der AfD vom 14.10.2020**

Aktensammlung Seite 571

StR Schuster:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Mir ist klar, wir haben im Ausschuss sehr lange darüber diskutiert. Ich möchte die Debatte nicht erneut beginnen. Es muss allerdings etwas zur vorliegenden Ergänzung gesagt werden. Ich war am 13.10.20 beim sogenannten Bürgerdialog oder der Bürgerinformation der Deutschen Bahn AG dabei. Ich möchte mich daher für diese erneute Vorlage bedanken.

Folgendes ist passiert: Die Deutschen Bahn AG ist auf keine einzige Position, die wir im Stadtrat besprochen haben, eingegangen. Darunter waren so wichtige Dinge wie die Zusage des Freistaates Bayern, bezüglich der Verlegung der KFZ-Verwahrstelle aufeinander zuzugehen. Das ist eine der wesentlichen Grundlagen, warum die Deutsche Bahn AG Ihre A0-Variante, mittlerweile modifiziert als A1-Variante, gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und auch unseres Gremiums durchdrücken möchte. Wir haben das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, den Prozess weiter kritisch zu begleiten. Ich freue mich, dass es hier aufgenommen wurde.

Ich möchte des Weiteren anmerken, in der ersten Vorlage waren einige Detailinformationen enthalten, zum Beispiel hat das Referat für Gesundheit und Umwelt die Belange des Naturschutzes bewertet. Aus meiner Sicht wurden die Belange des durchaus schutzwürdigen Gutes Mensch nicht ausreichend berücksichtigt. Sie werden nebeneinander gestellt, aber nicht gegeneinander abgewogen. Ich rege an, sich baldmöglichst im Rahmen dieser kritischen Begleitung des weiteren Vorgehens zu treffen sowie uns diese Sachen noch einmal zu erläutern.

Das ist in der Ausschusssitzung nicht erfolgt. Es würde mich sehr freuen, wenn man einen stärkeren Einblick bekäme. Ich denke, es ist wichtig beim weiteren Vorgehen, die einzelnen Positionen zu kennen, sofern der Verwaltung die Hintergründe vorliegen.

Ich möchte noch einmal auf unsere Nachfrage hinweisen. Wir hatten schon vor einiger Zeit beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung angefragt, welche rechtlichen Mittel die Stadt tatsächlich in der Hand hat. Das ist wahrscheinlich nicht so einfach zu klären, trotzdem würden wir das gerne bald wissen. Ich komme mir mittlerweile bei der Deutschen Bahn AG wie ein Bittsteller vor. Wir haben es heute bereits öfter angesprochen, wir haben nur eine sehr beschränkte Handhabe. Zumindest habe ich dieses Gefühl. Unser Interesse ist, die Fragen bald beantwortet zu bekommen, um diesen Vorgang weiterhin kritisch beurteilen zu können.

Ansonsten stimmen wir der Vorlage sehr gerne zu. Wir freuen uns, dass sich der Herr Oberbürgermeister weiter für die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner und eigentlich der ganzen Landeshauptstadt München im Münchner Osten einsetzt. Herzlichen Dank. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StR Roth:

Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Kollege Schuster! Von unserer Seite kommt ebenfalls die volle Zustimmung zur Vorlage. Sie ist sehr gut geworden. Es sind die Diskussionsergebnisse der Ausschusssitzung enthalten. Ich möchte noch einmal betonen, die Art und Weise der Kommunikation durch die Deutsche Bahn AG verdient einen ganz klaren Rüffel des Stadtrates. Es kann nicht sein, dass die Projektleiterin am 07.10.2020 in der Sitzung des Mobilitätsausschusses unter der Anwesenheit der Bürger*innen den Stand der Dinge erklärt und nach der Sitzung veröffentlicht wird, dass die Entscheidung schon längst gefallen sei. Ätsch, bättsch! Friss oder stirb!

Kollege Mehling hat es ebenfalls bemängelt. Herr Reiter, Ihr Zitat war sehr treffend formuliert. Wir kommen uns sehr veralbert vor. Das muss man ganz klar sagen. Ich wünsche mir, dass wir heute ein ganz klares Stopp-Schild an die Deutsche Bahn AG senden. Diese Art der Kommunikation lassen wir uns nicht mehr gefallen. Herr Reiter, Sie haben für die Gespräche mit der Deutschen Bahn AG die volle Rückendeckung von uns allen. So geht das nicht!

Wir akzeptieren kein Vorgehen nach Gutsherrenart. Zuerst werden wir hingehalten, dann wird ein lässiger Termin, den man machen muss, absolviert und schließlich kommt die Deutsche Bahn AG um die Ecke und sagt, es ist schon lange alles entschieden und mit dem Freistaat Bayern reden wir nicht. Das geht so nicht! Uns ist wichtig, dass wir das ins Protokoll so aufnehmen. Wir drücken Ihnen die Daumen, wünschen alles Gute und freuen uns über das Update.

StRin Wassill:

Sehr verehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister! Wir hatten einen eigenen Antrag nachgereicht. Es geht uns um Folgendes: Wir hätten gerne die bürgerfreundlichste Variante für die Münchner Bürger, nämlich außen herum eine Variante C zu planen. Ich habe diese Vorlage zwar bekommen, konnte ihr aber nicht entnehmen, ob das auch Gegenstand der Besprechungen ist. Es hieß nur, der Antrag der AfD ist behandelt worden. Können Sie bitte noch einmal klarstellen, ob die Deutsche Bahn AG noch eruiert, ob eine Variante C außen herum möglich ist.

Es scheint mir immer noch ein Rätsel, wie all diese Züge durch den kleinen Stadtteil Trudering Richtung Flughafen und vom Brenner in die Mitte Deutschlands durchkommen sollen. Mir ist klar, ein Teil der Güter wird zum Münchner Hauptbahnhof abbiegen müssen. Jeder, der schon einmal mit einer Modelleisenbahn gebaut hat, wie ich in meiner Kindheit, weiß, es gibt nicht nur gerade Schienen, sondern auch Weichen. Die kann man einbauen, dann fährt ein Teil in die Stadtmitte und der andere Teil an München vorbei.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Güter unbedingt in der Mitte Münchens ankommen müssen. Sie werden zu einem großen Teil an München vorbeigeleitet werden können, sodass sie nach Norden abfließen, ohne uns in Trudering zu nerven. Bitte stellen noch einmal klar, ob das schon vom Tisch ist. Oder macht sich die Deutsche Bahn AG tatsächlich noch Gedanken dazu. Für mich erscheint es besser, außen herum über Felder zu gehen. Man müsste zwar mit Bauern verhandeln, ich gebe zu, das ist nicht einfach. Aber auf der anderen Seite, muss man nicht alles durch Trudering durchschieben. Vielen Dank.

OB Reiter:

Ich bedanke mich für die Rückendeckung, die ich flächendeckend im Münchner Stadtrat erkenne. Ich habe mich in der Sitzung und im Nachgang sehr deutlich geäußert. Das ist kein adäquater Umgang mit einem Gremium wie dem Münchner Stadtrat. Wir werden keine weitere derartige Sitzung ohne Teilnahme von Vertreter*innen des zuständigen Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur tolerieren. - (Allgemeiner Beifall)

Frau Wassill, ich habe als Fazit nach dem Gespräch gesagt, entweder es gibt eine Tunnelvariante oder einen Weg außen herum. Eine Variante dazwischen wird keine Zustimmung des Münchner Stadtrates finden. Das werde ich im anstehenden Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, dem Bahnchef und dem Bundesverkehrsminister genau so sagen. Ich weiß mich Ihrer Rückendeckung

sicher. Wir müssten es notfalls noch per Beschluss vollziehen. Was auch immer später daraus wird.

Ich hoffe, es gibt noch ein Einsehen. Es ist schwierig, einer der größten Städte Deutschlands einfach eine Lösung zu oktroyieren, die weder die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter noch die Bevölkerung wollen. Letztlich bleibt es die Aufgabe der Deutschen Bahn AG Bahn, den größten Bahnknotenpunkt Deutschlands vernünftig anzubinden. Ich denke, man muss klar sagen, so lassen wir nicht mit uns umgehen. Das werde ich in den nächsten Runden unmissverständlich vertreten. Wir werden das so verlautbaren.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Wir sind am Ende der öffentlichen Sitzung. Ich verabschiede mich von den Zuseherinnen und Zuschauern im Livestream und von unseren Gästen.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 16:15 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 21. Oktober 2020

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll